



WIE HABEN JUNGE DEUTSCHE 2017 GEWÄHLT?

WAHLVERHALTEN JUNGER WÄHLER_INNEN

ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

EMPIRISCHE ANALYSE

Christine Hübner & Dr. Jan Eichhorn

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Forum Politik
und Gesellschaft



INHALT

SO WÄHLTE DEUTSCHLANDS JUGEND (NICHT). UND NUN?	5
IN KÜRZE	7
EINLEITUNG	13
DETAILS ZUR DATENGRUNDLAGE	19
ERGEBNISSE	25
#1: JUNGE DEUTSCHE GEHEN SELTENER ZUR WAHL ALS DER DURCHSCHNITT DER BEVÖLKERUNG.	27
#2: IN TEILEN OSTDEUTSCHLANDS UND BREMEN WÄHLEN DIE WENIGSTEN JUNGEN ERWACHSENEN	29
#3: KONKRETES INTERESSE UND BÜRGERPFLICHT TREIBEN JUNGE DEUTSCHE AN DIE URNE	33
#4: JUNGE FRAUEN EMPFINDEN WÄHLEN ALS BÜRGERPFLICHT UND WÄHLEN TENDENZIELL HÄUFIGER.	39
#5: DAS WAHLVERHALTEN SPIEGELT AUCH BEI JUNGEN MENSCHEN SOZIALE UNTERSCHIEDE WIDER.	43
#6: GRÜNE UND DIE FDP SCHNEIDEN UNTER JUNGEN WÄHLER_INNEN ÜBERDURCHSCHNITTLICH GUT AB	45
#7: FLÜCHTLINGSKRISE UND GLOBALISIERUNGSANGST TREIBEN NUR WENIGE JUNGE DEUTSCHE UM	53
#8: CDU/CSU UND SPD ERREICHEN JUNGE WÄHLER_INNEN VOR ALLEM ÜBER MASSENKOMMUNIKATIONSMEDIEN, KLEINERE PARTEIEN ABER AUCH DURCH DIREKTE INTERAKTION	56
SCHLUSSFOLGERUNGEN: ERWARTBARES UND NEUE ERKENNTNISSE	61
AUSBLICK UND ERSTE EMPFEHLUNGEN	67
QUELLENANGABEN & DATENQUELLEN	73



SO WÄHLTE DEUTSCHLANDS JUGEND (NICHT). UND NUN?

Viele Studien und Befragungen belegen, dass Deutschlands Jugendliche per se gar nicht so unpolitisch sind, wie viele meinen. Sie interessieren sich durchaus für Politik, dennoch gingen zu der Bundestagswahl 2017 erneut deutlich weniger junge Menschen als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Konkret zur Wahl gesagt, vollziehen die Jugendlichen nicht den Schritt vom allgemeinen Interesse zum konkreten Wahlkreuz auf dem Stimmzettel. Dabei sind viele gesellschaftspolitisch sehr engagiert, hadern aber mit Formaten und Verfahrensweisen der klassischen Parteiendemokratie. Wir wollen uns im Rahmen dieses Berichtes „die“ Jugendlichen etwas genauer anschauen und verstehen, warum trotz politischen Interesses am Ende viele doch nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Bei der Bundestagswahl im September 2017 waren mehr als die Hälfte der Wähler_innen über 52 Jahre alt. Noch nie zuvor sind die Wahlberechtigten bei einer Bundestagswahl so alt gewesen. Unter den Wahlberechtigten befanden sich allein etwa drei Millionen Erstwähler_innen, für die in den Parteizentralen nach geeigneten Formaten und Ansprachen für die junge Wähler_innenklientel gefeilt wurde. Deshalb ist es begrüßenswert, dass eine Vielzahl an Initiativen, politischen Stiftungen, Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung, an Vereinen, Lehrer_innen, Sozialarbeiter_innen, Gewerkschaften und Parteien bemüht sind, Jugendlichen gerade vor der Wahl Politik näherzubringen und sie dauerhaft für politische Themen zu begeistern. Schaut man sich allerdings den aktuellen 19. Bundestag an, dann sind junge Menschen im Parlament unterrepräsentiert. Von aktuell 709 Abgeordnet_innen sind gerade zehn unter 28 Jahre alt. Damit befinden sich die Abgeordnet_innen, die junge Interessen, Herausforderungen und Probleme aus ihrem eigenen Leben heraus verstehen, in der Minderheit. Das beeinflusst die politische Agenda, die Ansprache und Kommunikation zu Lasten der jungen Klientel. Darum ist es umso wichtiger, dass sich vor allem junge Menschen an Wahlen beteiligen und ihre Themen und Interessen (laut) einfordern.

Basierend auf Wahlstatistiken und repräsentativen Umfragen hat der überparteiliche Think Tank d|part im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung diesen Bericht verfasst, der u. a. über die Beteiligung junger Wähler_innen an der vergangenen Bundestagswahl und über ihre politischen Einstellungen informiert.

Der vorliegende Bericht soll auch eine Debatte anregen, welche Konsequenzen diese Ergebnisse für die Arbeit der politischen (Jugend-)Bildung haben. Wie müssen folglich Angebote aussehen, dass am Ende die jungen Wahlberechtigten tatsächlich ihr Kreuzchen machen und eine (demokratische) Wahlentscheidung treffen?

... denn nach der Wahl ist vor der Wahl.

Yvonne Lehmann, Referentin Forum Politik und Gesellschaft



IN KÜRZE

Obwohl zahlreiche Kampagnen vor allem die Jugend zur Wahl aufriefen, wählten bei der Bundestagswahl 2017 abermals weniger junge Deutsche als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Von den 5,4 Millionen Wähler_innen unter 24 Jahren gaben rund 68 Prozent ihre Stimme ab, während die Gesamtwahlbeteiligung der Bevölkerung bei über 76 Prozent lag. Insbesondere in der Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen fiel die Wahlbeteiligung gering aus. Allerdings holten die jungen Wähler_innen leicht auf: Im Gegensatz zum Wahljahr 2013 stieg die Beteiligung unter jungen Erwachsenen stärker an als in der Gesamtbevölkerung.

Während im Osten Deutschlands insgesamt noch immer weniger Menschen zur Wahl gehen als im Rest des Landes, setzt sich dieser Trend nur unter einem Teil der jungen Ostdeutschen fort. So gaben in Sachsen mehr junge Wähler_innen pro Erwachsene eine Stimme ab als in den meisten anderen Bundesländern. Und in Sachsen-Anhalt wählten besonders viele Erstwähler_innen. Insgesamt allerdings klafft auch unter den jungen Wähler_innen die größte Lücke in der Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Hier blieb zum Beispiel fast die Hälfte der 21- bis 24-jährigen Männer der Wahl fern.

Ebenso wie geographische Unterschiede muss auch die weit verbreitete Meinung, die Jugend interessiere sich nicht für Politik, nach der Bundestagswahl 2017 differenziert betrachtet werden. Das konkrete Interesse am Wahlkampf und insbesondere am Wahlausgang war hoch. Darüber hinaus empfindet auch eine Mehrheit der jungen Erwachsenen, vor allem der jungen Frauen, dass Wählen eine Bürger_innenpflicht darstellt. Die wahrgenommene Komplexität politischer Fragen sowie eine Selbsteinschätzung, zu wenig über Politik zu wissen, halten einen Teil der jungen Erwachsenen, insbesondere junge Frauen, dennoch davon ab, ihre Stimme abzugeben.

Die Grünen und die FDP schneiden überdurchschnittlich gut ab unter jungen Wähler_innen, derweil CDU/CSU und SPD hier weniger Stimmen gewannen als etwa in älteren Bevölkerungsgruppen. Auch die Alternative für Deutschland spielt für junge Wähler_innen eine deutlich kleinere Rolle. Ausschlaggebend dafür mag sein, dass die Jugend weitaus optimistischer auf die Themen Flüchtlingskrise und Globalisierung schaut als ein Großteil der Bevölkerung. Nur eine Minderheit äußert Ängste

in diesen Bereichen. Viel mehr Sorgen machen sich die jungen Erwachsenen dagegen über den internationalen Terrorismus und die Klimaerwärmung. Ein anderer Grund für das gute Abschneiden kleiner Parteien liegt in deren Kommunikationsstrategie. Während die großen Parteien junge Leute im Wahlkampf vor allem auf klassischem Wege erreichten, vermochten die kleineren Parteien dies auch gut auf direktem Weg, insbesondere die Grünen und die Linke zu berücksichtigen ist eine wesentliche Aufgabe der Berichterstattung über die Einstellungen junger Deutscher. Um auf die Heterogenität der Jugend hinzuweisen, werden in diesem Bericht Teilgruppen gegenübergestellt, wo immer dies hinsichtlich der Verfügbarkeit der Daten möglich ist.





EINLEITUNG

Junge Wähler_innen sind durch die Bundestagswahl 2017 abermals in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Von den Wahlberechtigten waren mehr als fünf Millionen jünger als 25 Jahre, davon etwa drei Millionen Erstwähler_innen. Obwohl zahlreiche Kampagnen zur Wahl aufriefen und in den Parteizentralen an besonders geeigneten Formaten und Ansprachen für die junge Wählerklientel gefeilt wurde, ist nach der Bundestagswahl 2017 unklar, wie junge Deutsche genau gewählt haben.

Dieser Bericht gibt eine Übersicht über die Beteiligung junger Wähler_innen an der Bundestagswahl 2017 und ihre politischen Einstellungen. Zu der jungen Wählerklientel zählen wir in diesem Bericht, soweit nach Datenlage möglich, auch die circa 2,5 Millionen 16- bis 17jährigen Deutschen, um deren politische Stimme teilweise auch auf kommunaler Ebene gebuhlt wird und die mittlerweile in vier Bundesländern an Landtagswahlen teilnehmen können. Wir werfen einen Blick auf die folgenden Fragestellungen:

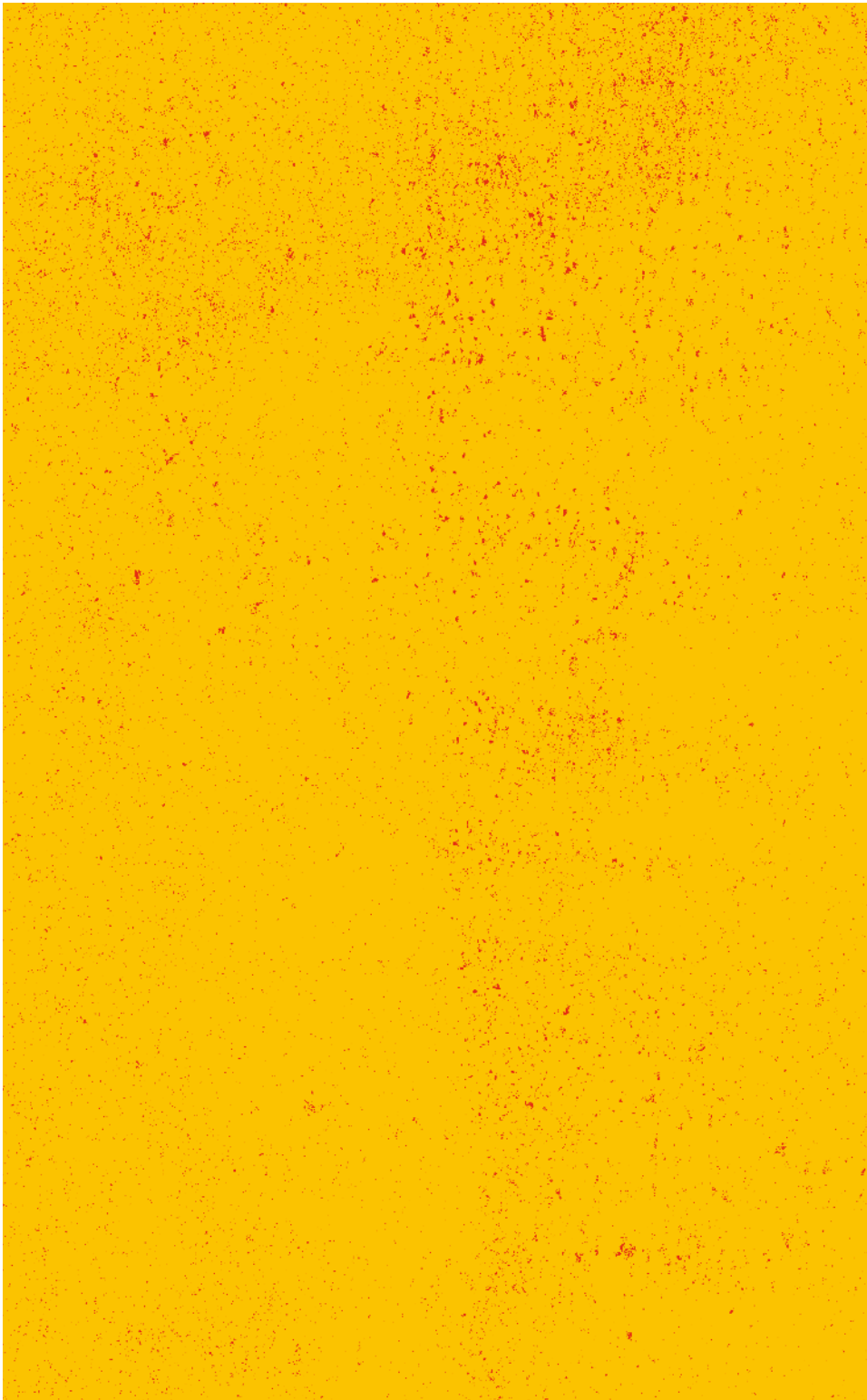
- Wie viele junge Deutsche haben bei der Bundestagswahl 2017 gewählt?
- Wer hat gewählt und weshalb? Welche Unterschiede gilt es herauszustellen?
- Was hat junge Leute 2017 zum Wählen bewegt oder davon abgehalten?
- Wen haben junge Deutsche gewählt und aus welchen Gründen?
- Welche Themen waren interessant für junge Leute in 2017?
- Wie haben sich junge Leute über die Bundestagswahl 2017 informiert?

Diese Fragen werden auf der Basis existierender, repräsentativer Daten beantwortet, darunter der repräsentativen Wahlstatistik des Bundeswahlleiters, der Daten aus Vor- und Nachwahlbefragungen der German Longitudinal Election Study (GLES) und aus Befragungen der führenden Meinungsforschungsinstitute, die kurz vor oder nach dem Wahltag erhoben wurden.

Bei allen Analysen von Verhalten und Einstellungen ist es wichtig, „die Jugend“ nicht als homogene Gruppe zu betrachten. Es gibt unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen genauso viele Unterschiede in den Lebensformen und Einstellungen wie in der Erwachsenenbevölkerung. Die Altersgruppe, die in diesem Bericht analysiert wird, umfasst die Gruppe der 16- bis 24jährigen. Darunter befinden sich junge Männer und Frauen verschiedenster sozialer Hintergründe, Schüler_innen

unterschiedlicher Schulformen, Auszubildende, Studierende und Berufstätige, Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger_innen sowie Einwohner_innen verschiedener Bundesländer. Diese Unterschiede zu berücksichtigen ist eine wesentliche Aufgabe der Berichterstattung über die Einstellungen junger Deutscher. Um auf die Heterogenität der Jugend hinzuweisen, werden in diesem Bericht Teilgruppen gegenübergestellt, wo immer dies hinsichtlich der Verfügbarkeit der Daten möglich ist.





DETAILS ZUR DATENGRUNDLAGE

Die in diesem Bericht vorgestellten Ergebnisse basieren auf Wahlstatistiken und Daten aus repräsentativen Umfragen unter in Deutschland wahlberechtigten Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 16 bis 24 Jahren. Darunter befinden sich:

- die repräsentative Wahlstatistik des Bundeswahlleiters,
- die Daten der Wahlbefragungen der German Longitudinal Election Study (GLES),
- verfügbare Daten aus Vor- und Nachwahlbefragungen der Meinungsforschungsinstitute.

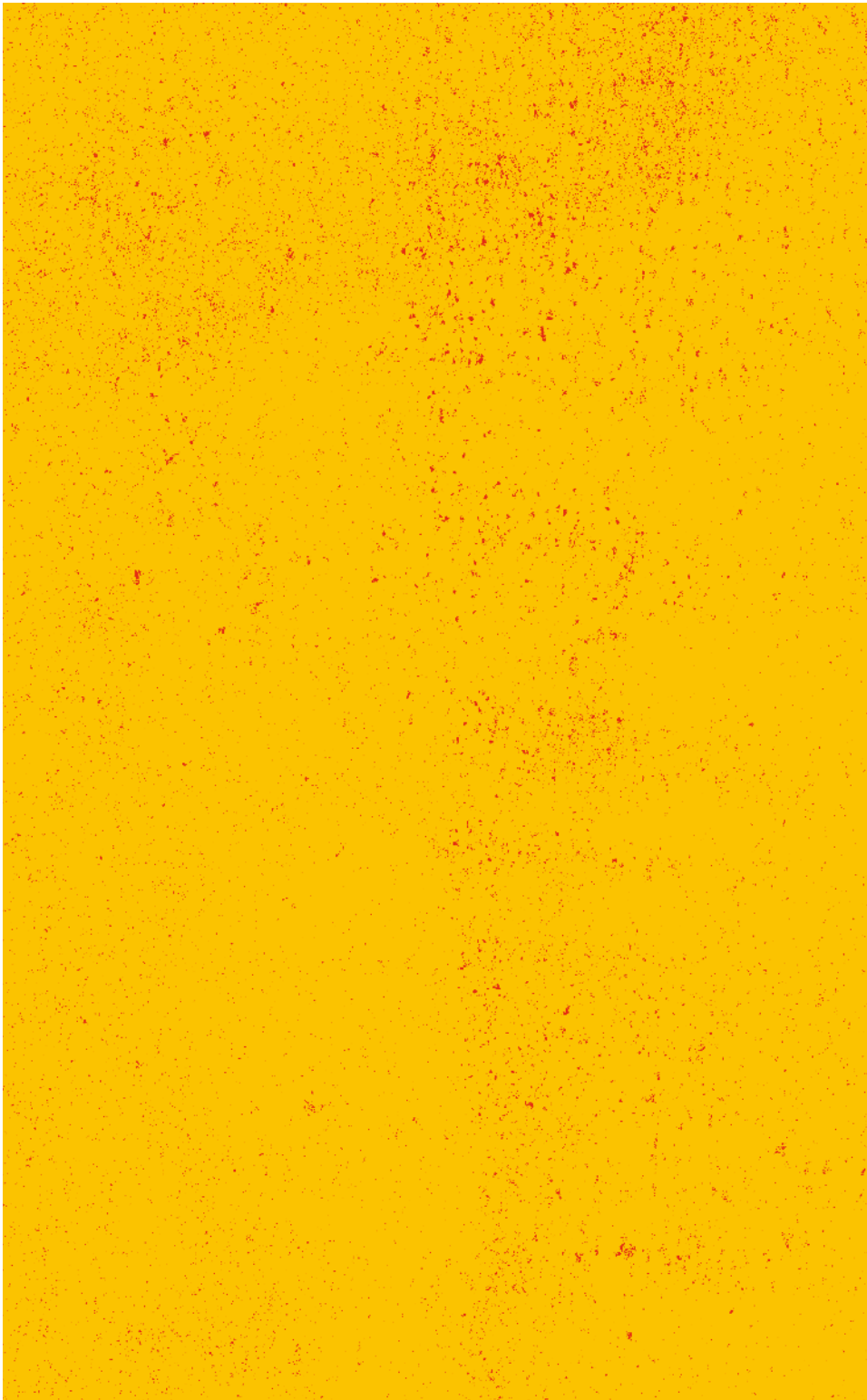
Die **repräsentative Wahlstatistik des Bundeswahlleiters** wertet Stichproben von Stimmzetteln bei Bundestagswahlen aus, um Erkenntnisse über Wahlbeteiligung und Wahlverhalten von Frauen und Männern nach verschiedenen Altersgruppen zu gewinnen. Dazu werden in repräsentativ ausgewählten Wahlbezirken Angaben über Geschlecht und Alter der Wähler_innen auf Stimmzettel aufgedruckt und mit der jeweiligen Stimmabgabe für einzelne Parteien ausgezählt. Die Auswertung in den Stichprobenstimmbezirken wird auf die Landesergebnisse und im nächsten Schritt auf die Bundesergebnisse hochgerechnet. Die offizielle Wahlstatistik schließt junge Deutsche ab 18 Jahren ein, die bei den Bundestagswahlen 2017 wahlberechtigt waren. Wir können aus ihr jedoch keine Rückschlüsse über das hypothetische Wahlverhalten 16 und 17-jähriger Jugendlicher ziehen. Für die langfristige Einordnung der Wahlbeteiligung junger Erwachsener ist es darüber hinaus wichtig zu bedenken, dass die repräsentative Wahlstatistik bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998 ausgesetzt wurde. Für diese Wahljahre sind dementsprechend keine repräsentativen Wahldaten verfügbar.

Aus der **Wahlbefragung der German Longitudinal Election Study (kurz: GLES)** wurden Daten zu politischen Einstellungen und zum Wahlverhalten unter wahlberechtigten Deutschen ab 16 Jahren ausgewertet. Diese Daten wurden im August und September 2017 bis zum Wahltag, dem 24. September 2017 (Vorwahlstudie), und direkt im Anschluss an die Bundestagswahl, im Zeitraum 25. September bis 30. November 2017 (Nachwahlstudie), in zwei unabhängigen Befragungen eines Querschnitts der Bevölkerung erhoben (Roßteutscher et al., 2017a, 2017b). Durchgeführt wurde die Befragungen als „Computer Assisted Personal Interview“ (CAPI). Die

Interviews dauerten etwa eine Stunde und umfassten Fragen zu dem Wahlverhalten, den Kandidat_innen- und Koalitionspräferenzen, dem Informationsverhalten und zu Emotionen und politischen Einstellungen. Die Befragung ist Teil eines mehrstufigen Projekts zu den Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017, in dem Fragen zum Wahlverhalten in Deutschland analysiert werden. Zur Grundgesamtheit gehören alle wahlberechtigten Bürger_innen über 15 Jahren mit dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland. Von den insgesamt 2.181 bzw. 2.115 Befragten der Vor- bzw. Nachwahlbefragung waren 253 bzw. 252 zum Wahltag unter 25 Jahren. Das Verhältnis zwischen ost- und westdeutschen Befragten liegt bei einem Drittel zu zwei Dritteln: Ostdeutsche sind also überrepräsentiert. Diese Überrepräsentation ist notwendig, um Unterschiede und Angleichungsprozesse in den politischen Orientierungen zwischen Ost und West auch im Detail untersuchen zu können. In der Analyse wird so gewichtet, dass die Ergebnisse dennoch für Deutschland insgesamt repräsentativ sind.

Des Weiteren wurden die verfügbaren Daten aus **Wahlbefragungen der Meinungsforschungsinstitute** ausgewertet, darunter Daten von YouGov und der Forschungsgruppe Wahlen.





ERGEBNISSE

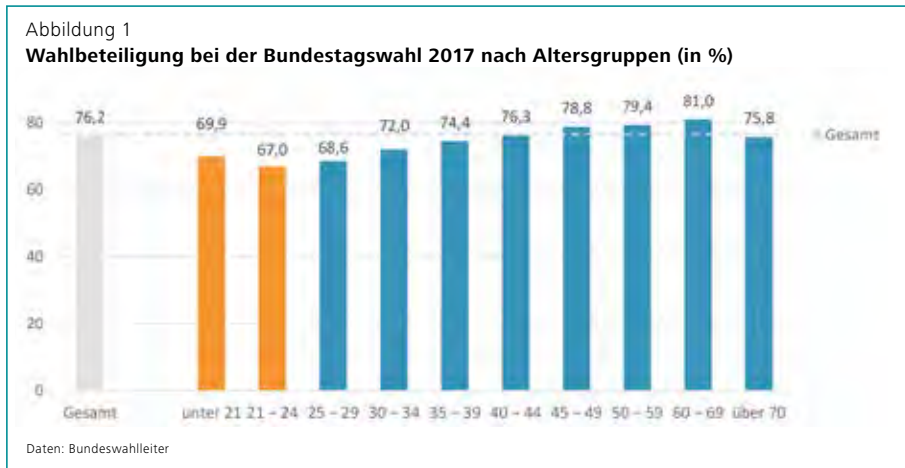
#1: JUNGE DEUTSCHE GEHEN SELTENER ZUR WAHL ALS DER DURCHSCHNITT DER BEVÖLKERUNG

Von den 5,4 Millionen Wähler_innen unter 24 Jahren gaben rund 68 Prozent bei der Bundestagswahl 2017 ihre Stimme ab. Verglichen mit der Gesamtwahlbeteiligung von über 76 Prozent, liegt die Beteiligung unter jungen Deutschen gut acht Prozent unter der der Gesamtbevölkerung und fast 13 Prozent unter der Beteiligung der 60- bis 70-Jährigen.

Insbesondere in der Altersgruppe der 21- bis 24-Jährigen fällt die Wahlbeteiligung gering aus. Nur rund 67 Prozent von ihnen gaben ihre Stimme ab. Die Beteiligung unter den Erstwähler_innen unter 21 Jahren liegt mit gut 70 Prozent etwas höher. Dieser Effekt ist in der Wissenschaft gut dokumentiert. In der Regel ist die Wahlbeteiligung höher, je jünger eine Person bei ihrer ersten Wahl ist. Das kann daran liegen, dass jüngere Menschen (zum Beispiel mit 18 oder 19 Jahren im Vergleich zu 20- bis 21-Jährigen) ihre erste Wahl eher in einem durch Eltern oder Schule stärker sozialisierten Umfeld erleben und die Entscheidung zu wählen weniger individualisiert ist (zum Beispiel Bhatti & Hansen, 2012).

Dennoch liegt auch die Beteiligung der jüngsten Erstwähler_innen immer noch mehr als sechs Prozentpunkte unter der der Gesamtbevölkerung. Alle Altersgruppen jenseits der 30 Jahre weisen eine höhere Wahlbeteiligung auf als junge Erwachsene. Dabei ist auch die Beteiligung der 25- bis 34-Jährigen, auf die in diesem Bericht nicht gesondert eingegangen wird, noch deutlich geringer als die allgemeine Wahlbeteiligung.

Wird zusätzlich berücksichtigt, dass der Anteil junger Wähler_innen an der Gesamtzahl der in Deutschland Wahlberechtigten in 2017 weiter gesunken ist (acht Prozent im Vergleich zu noch neun Prozent in 2013 und rund zwölf Prozent in 1990), wird deutlich, dass junge Deutsche weniger Einfluss auf die Wahlen ausübten als ältere Bevölkerungsgruppen.



Mit dieser niedrigeren Wahlbeteiligung unter jungen Erwachsenen ist das Wahljahr 2017 kein Ausreißer aus dem allgemeinen Trend zur Beteiligung junger Wähler_innen in Deutschland. Seit der ersten Erhebung einer repräsentativen Wahlstatistik im Jahr 1965 gingen immer weniger junge als ältere Deutsche zur Wahl. Zwischen 1965 und 1990 lag die Jugendwahlbeteiligung zwischen vier und zehn Prozentpunkte, ab 1990 sogar bis zu 15 Prozentpunkte unter der der Gesamtbevölkerung.

Auch der Erstwähler_inneneffekt ist seit der Senkung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahren im Jahr 1972 (und der anschließenden separaten Aufzeichnung der Wahlbeteiligung der Altersgruppen unter 21 Jahren und 21 bis 24 Jahren ab 1976) gut dokumentiert. Die Wahlbeteiligung der jüngsten Erstwähler_innen lag immer über der Gruppe der 21- bis 24-Jährigen. Die Lücke zwischen beiden Altersgruppen verringerte sich jedoch in 2017 aufgrund der allgemein höheren Wahlbeteiligung.



In Bezug auf die relative Wahlbeteiligung holten die jungen Wähler_innen, darunter vor allem die 21- bis 24-Jährigen, bei der Bundestagswahl 2017 weiter auf. Nach einem höheren Anstieg der Jugendwahlbeteiligung im Vergleich zur Gesamtwahlbeteiligung in 2013 lässt sich auch für das Wahljahr 2017 festhalten, dass die Beteiligung unter jungen Erwachsenen im Vergleich stärker anstieg als die der Gesamtbevölkerung. Während sich die Wahlbeteiligung über alle Altersgruppen hinweg um rund fünf Prozent erhöhte, verzeichneten die jungen Deutschen einen Anstieg von mehr als neun Prozent im Vergleich zum Wahljahr 2013. Dabei stieg die Wahlbeteiligung in den Altersgruppen der 18- bis 24- und der 25- bis 34-Jährigen gleichermaßen stark an. Die Bundestagswahl 2017 motivierte also nicht nur insgesamt mehr Wahlberechtigte, ihre Stimme abzugeben, sondern insbesondere mehr junge Deutsche. Daraus ergibt sich die Frage, welche jungen Menschen eher motiviert wurden, bei der Bundestagswahl 2017 ihre Stimme abzugeben, und welche Gründe dafür ausschlaggebend waren. Denn der ansteigende Trend in der Jugendwahlbeteiligung tritt nicht in gleichem Maße über verschiedene Regionen und demographische Gruppen hinweg auf.

#2: IN TEILEN OSTDEUTSCHLANDS UND BREMEN WÄHLEN DIE WENIGSTEN JUNGEN ERWACHSENEN

Zwischen dem Westen und Osten Deutschlands klafft auch unter den 18- bis 24-Jährigen eine substantielle Lücke in der Wahlbeteiligung. Diese entspricht dem generellen Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen West- und Ostdeutschland in anderen Altersgruppen. Wie in der Gesamtbevölkerung gaben für zehn Jungwähler_innen im Westen Deutschlands nur rund neun junge Erwachsene in Ostdeutschland ihre Stimme ab. Im Vergleich zur gesamtdeutschen Quote von 76 Prozent lag die Wahlbeteiligung unter den 21- bis 24-Jährigen in Ostdeutschland zum Beispiel bei nur 63 Prozent. Obwohl die jungen Ostdeutschen damit in der Wahlbeteiligung lediglich knapp vier Prozentpunkte hinter den gleichaltrigen Westdeutschen liegen, ist die Lücke im Vergleich zur Gesamtbevölkerung mit fast 14 Prozentpunkten weitaus größer. So gab insgesamt ungefähr jeder und jede Dritte junge, in Ostdeutschland Wahlberechtigte bei der Bundestagswahl 2017 keine Stimme ab.

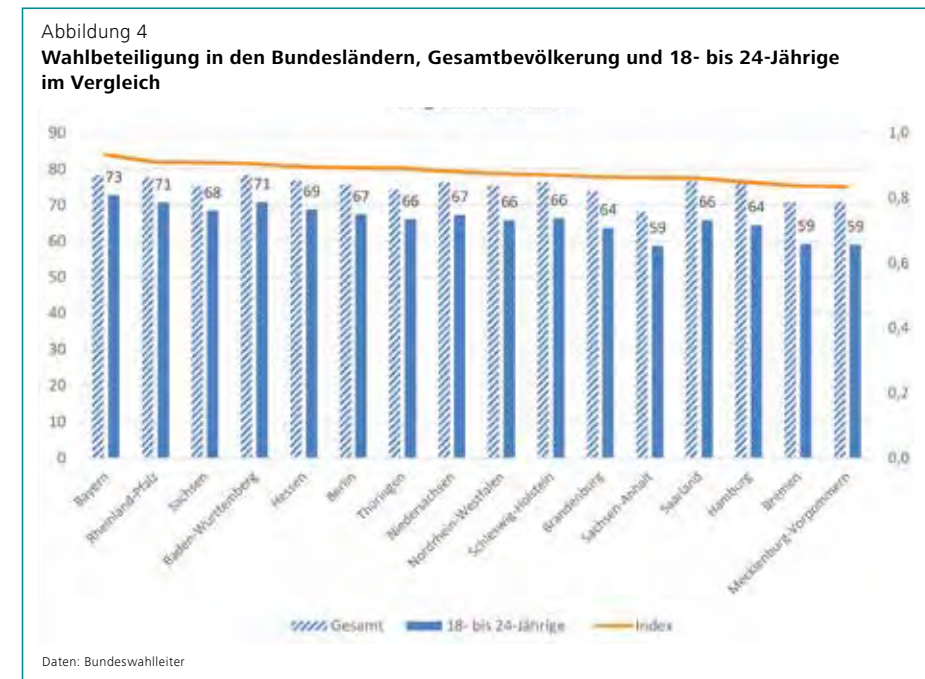


Die größte Lücke zwischen der Wahlbeteiligung der Gesamtbevölkerung und der junger Wähler_innen klapft in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, insbesondere unter den 21- bis 24-jährigen Männern. Von denen blieb fast jeder Zweite der Wahl fern; nur 55 beziehungsweise 52 Prozent der jungen Männer gaben hier ihre Stimme ab. Im Gegensatz dazu fiel die Beteiligung unter den jungen Frauen in beiden Ländern mit mehr als 60 Prozent deutlich höher aus.

Es ist jedoch wichtig herauszustellen, dass die Wahlbeteiligung der jüngsten Erstwähler_innen in beiden Ländern fast zehn Prozentpunkte über der der 21- bis 24-Jährigen lag. Insbesondere in Sachsen-Anhalt lag die Beteiligung der jüngsten Wählerinnen, relativ zu der der Frauen insgesamt, rekordverdächtig hoch im bundesdeutschen Vergleich (Index 0,96). Mit 61 Prozent gaben auch vergleichsweise viele junge Männer zwischen 18 und 20 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ihre Stimme ab. Das wirft die konkrete Frage auf, was genau insbesondere die jüngsten Wähler_innen in beiden Ländern motivierte, bei dieser Bundestagswahl ihre Stimme abzugeben.

Insgesamt gaben in den beiden ostdeutschen Flächenländern für zehn Erwachsene nur rund acht 18- bis 24-Jährige ihre Stimme ab. Auch in Hamburg und Bremen haben, umgerechnet auf die Anzahl der Gesamtwähler_innen, verhältnismäßig wenige Jugendliche und junge Erwachsene gewählt – und das trotz der kürzlichen

Absenkung des Wahlalters bei Bürgerschaftswahlen in den beiden Stadtstaaten. So beteiligten sich in Bremen, in beiden Altersgruppen und unabhängig vom Geschlecht, nicht einmal 60 Prozent der jungen Erwachsenen an der Bundestagswahl.



Es ist festzuhalten, dass die Anzahl der Jungwähler_innen in keiner Region Deutschlands über der der Gesamtbevölkerung liegt. Beim Spitzenreiter Bayern aber gaben immerhin fast ebenso viele 18- bis 20-Jährige ihre Stimme ab wie ältere Wähler_innen jenseits der 30 Jahre (Index 0,96). Auch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz kamen mehr als neun junge Wähler_innen auf je zehn Erwachsene, die ihre Stimme abgaben. Und obwohl Sachsen mit gut 75 Prozent eine eher durchschnittliche Gesamtwahlbeteiligung vorzuweisen hat, wählten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch hier relativ gesehen öfter als in den meisten anderen Bundesländern (Index 0,91).

Es ist also zu einfach, zu schlussfolgern, dass sich der Trend geringer Wahlbeteiligung im Osten des Landes auch unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen fortsetzt. Das stimmt nur bedingt, für manche der ostdeutschen Bundesländer und teilweise nur für junge Männer oder spezifische Altersgruppen. Auch in Brandenburg und Thüringen wählten mehr unter 25-Jährige pro Erwachsene als in westdeutschen Ländern wie dem Saarland, Hamburg und Bremen.

Abbildung 5
Wahlbeteiligung der 18- bis 24-Jährigen in den Bundesländern (%)



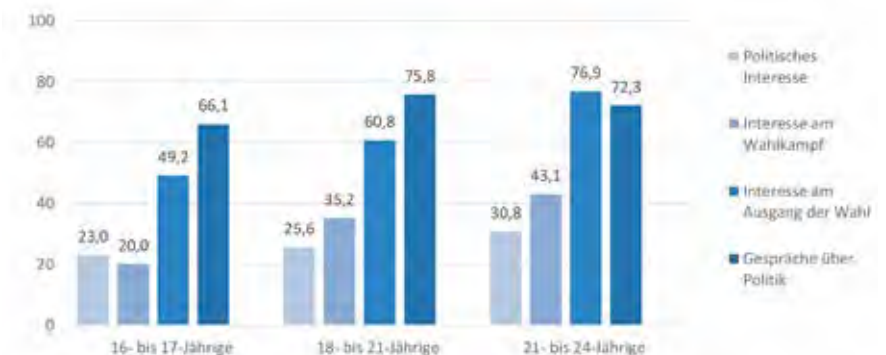
Daten: Bundeswahlleiter

#3: KONKRETES INTERESSE UND BÜRGER_INNENPFLICHT TREIBEN JUNGE DEUTSCHE AN DIE URNE

Die weit verbreitete Meinung, die Jugend interessiere sich nicht für Politik und gehe deshalb weniger häufig zur Wahl, muss in Bezug auf die Bundestagswahl 2017 durchaus differenziert werden. Während in der Tat nur wenige Jugendliche und junge Erwachsene angeben, stark an Politik im Allgemeinen interessiert zu sein, war das konkrete Interesse am Wahlkampf und insbesondere am Wahlausgang unter jungen Deutschen kurz vor der Wahl hoch.

Erwartungsgemäß sind 16- und 17-Jährige weniger direkt betroffen, da sie nicht wahlberechtigt sind, und somit weniger an der Wahl interessiert. Unter den 18- bis 24-Jährigen allerdings gaben immerhin zwischen 35 und 43 Prozent an, den Wahlkampf mit Interesse verfolgt zu haben. Eine deutliche Mehrheit der 18- bis 24-Jährigen führte überdies an, sehr am Ausgang der Wahl interessiert zu sein. Während sich Jugendliche und junge Erwachsene verschiedener Altersgruppen nur geringfügig in ihrem Interesse an Politik im Allgemeinen unterscheiden, stieg das konkrete Interesse am Wahlkampf und am Ausgang der Wahl mit zunehmendem Alter merklich an. 18- bis 24-Jährige waren mindestens ebenso und mitunter sogar stärker am Wahlkampf und am Ausgang der Wahl interessiert als ältere Teile der Bevölkerung. Von denen äußerten 35 Prozent allgemeines politisches Interesse, 40 Prozent Interesse am Wahlkampf und 72 Prozent Interesse am Ausgang der Wahl.

Abbildung 6
Interesse an Politik, Wahlkampf und am Ausgang der Wahl sowie Gespräche über Politik nach Altersgruppen (stark oder sehr stark auf einer 1-5 Skala)



Daten: GLES-Vorwahlstudie

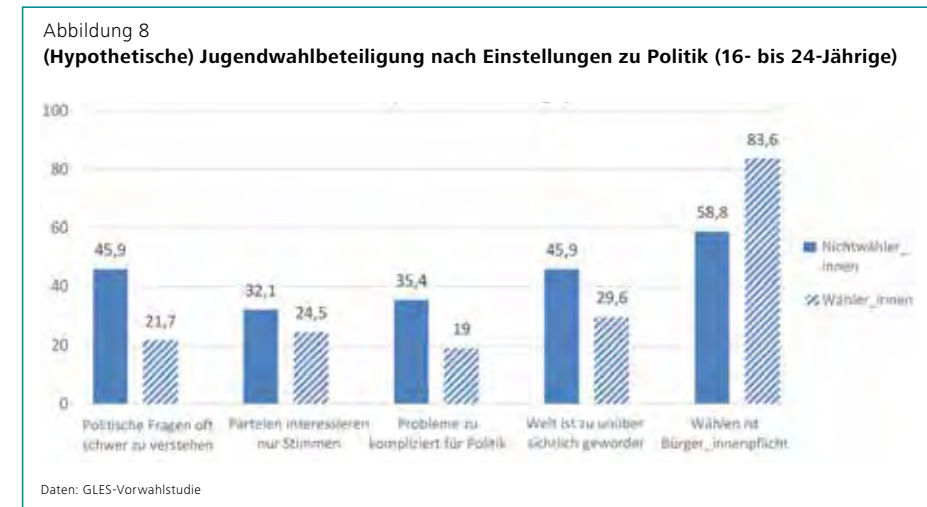
Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen konkretem politischem Interesse, Gesprächen über Politik und der Beteiligung an der Bundestagswahl. 45 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die planten, auf jeden Fall an der Wahl teilzunehmen, gaben an, am Wahlkampf interessiert zu sein. Unter denjenigen, die keine Stimme abgeben wollten oder kurz vor der Wahl noch unschlüssig waren, waren nur knapp elf Prozent am Wahlkampf interessiert. 75 Prozent der jungen Wähler_innen äußerten Interesse am Ausgang der Wahl und mehr als 80 Prozent sagten überdies, mindestens einmal in der Woche mit anderen über Politik gesprochen zu haben.

Allerdings äußerten auch immerhin knapp 38 Prozent der potentiellen Nichtwähler_innen Interesse am Ausgang der Wahl. Ebenso sagte eine Mehrheit der Nichtwähler_innen, mit anderen über Politik gesprochen zu haben. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass eine nicht unerhebliche Anzahl junger Deutscher – ob Wähler_innen oder nicht – durchaus Interesse am konkreten politischen Geschehen in Deutschland hat, auch wenn das mit einer Frage nach dem allgemeinen Interesse an Politik nicht abzubilden ist.



Wenn das Interesse am konkreten politischen Geschehen hoch ist, was hält Jugendliche und junge Erwachsene dennoch davon ab, ebenso häufig zur Wahl zu gehen wie Erwachsene? Vor allem unter denjenigen, die bei der Bundestagswahl keine Stimme abgeben wollten oder kurz vor der Wahl noch unschlüssig waren, ist die Meinung verbreitet, dass politische Fragen oft schwer zu verstehen seien

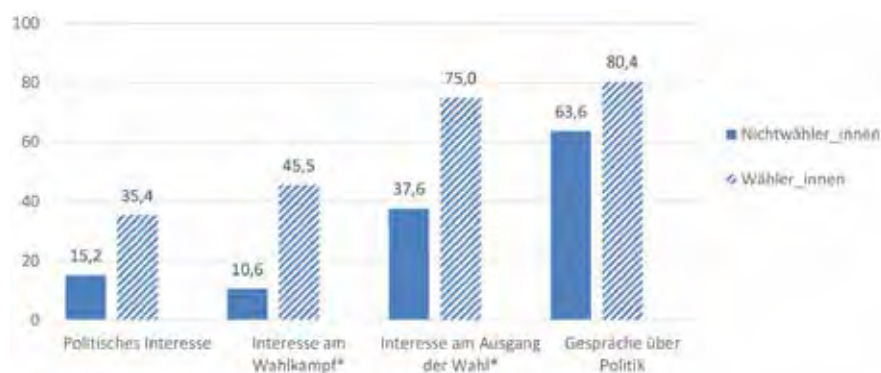
(46 Prozent). Diese Erkenntnisse decken sich mit Analysen der Wahrnehmung von Politik unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Politik wird häufig als komplex und die Sprache, die Politiker_innen und Medien nutzen, um Politik zu vermitteln, als unverständlich empfunden (Arnold et al., 2011).



Viele sind darüber hinaus der Meinung, dass die Welt zu unübersichtlich geworden sei (46 Prozent) und dass heutige Probleme so kompliziert seien, dass die Politik sie nicht mehr lösen könne (35 Prozent). Auch glaubten mehr potentielle Nichtwähler_innen, dass sich Parteien nur für die Stimmen der Wähler_innen interessieren anstatt für ihre Meinungen (32 Prozent).

Obwohl auch substantielle Minderheiten der jungen Wähler_innen diese Meinungen teilen, sieht eine überwältigende Mehrheit von knapp 84 Prozent Wählen vor allem als Bürger_innenpflicht. Immerhin ebenso eine Mehrheit derjenigen, die bei der Bundestagswahl keine Stimme abgeben wollten oder kurz vor der Wahl noch unschlüssig waren, betrachtet das so (59 Prozent). Zum Vergleich: Auch im Rest der Bevölkerung sehen das gut 79 Prozent so. Vor allem im Vergleich von Einstellungen zu Politiker_innen lässt sich ablesen, dass die wahrgenommene Bürger_innenpflicht und Selbstwirksamkeit junger Wähler_innen in Bezug auf politische Fragen ein wichtiger Faktor bei der Entscheidung zur Stimmabgabe war. Hinsichtlich der Einstellungen zu Politiker_innen unterscheiden sich junge Wähler_innen und potentielle Nichtwähler_innen nämlich nur geringfügig.

Abbildung 9
(Hypothetische) Jugendwahlbeteiligung nach Einstellungen zu Politikern (16- bis 24-Jährige)



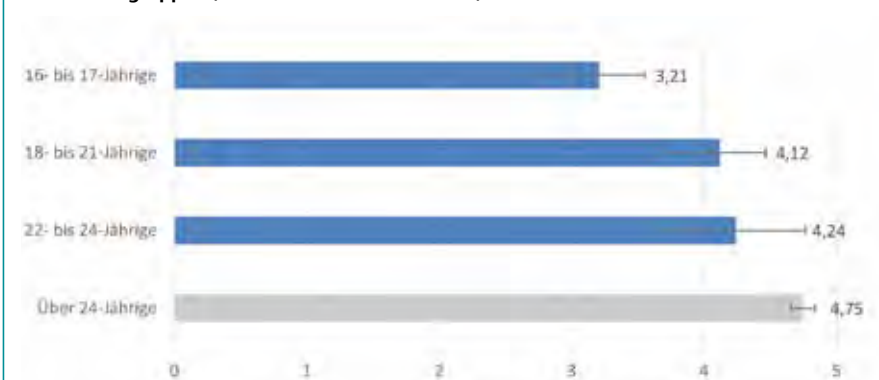
Daten: GLES-Vorwahlstudie

Zwar fanden relativ gesehen mehr junge Nichtwähler_innen, dass das Volk direkt entscheiden soll, Abgeordnete den Volkswillen umsetzen müssen, Bürger_innen die Interessen besser vertreten können als Berufspolitiker_innen und Politiker_innen zu viel reden, aber zu wenig unternehmen. Allerdings teilten fast ebenso viele derjenigen diese Meinungen, die bei der Bundestagswahl auf jeden Fall eine Stimme abgeben wollten. Dabei waren vor allem die Meinungen, dass Abgeordnete den Volkswillen umsetzen müssen (über 60 Prozent) und dass Politiker_innen zu viel reden und zu wenig machen, weit verbreitet unter den 16- bis 24-Jährigen in Deutschland (57 Prozent und 69 Prozent unter potentiellen Nichtwähler_innen). Zusammengenommen sind diese Meinungen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in etwa ebenso häufig wie oder sogar weniger häufig vertreten als im Rest der Bevölkerung (jeweils 73 und 67 Prozent Zustimmung unter den über 24-Jährigen). Junge Deutsche blicken im Allgemeinen optimistischer auf Politiker_innen und die eigene Selbstwirksamkeit als Teile der älteren Bevölkerung.

Zur wahrgenommenen Komplexität von Politik passt auch, dass junge Wähler_innen deutlich mehr über Politik wissen als diejenigen, die keine Stimme abgaben. Aus Umfragen können wir die Antworten der jungen Erwachsenen zu sieben Wissensfragen auswerten, zum Beispiel zur Bedeutung der Erst- und Zweitstimme, der Fünf-Prozent-Hürde, zur Parteizugehörigkeit bestimmter Politiker_innen und zum aktuellen Bundeshaushalt sowie zur Arbeitslosenquote.

Die Befragten im Alter von 16 bis 24 Jahren konnten insgesamt im Durchschnitt etwas weniger als die Hälfte der Fragen korrekt beantworten (3,74). Die 18- bis 24-Jährigen schnitten dabei mit durchschnittlich etwas mehr als vier korrekten Antworten deutlich besser ab als die unter 18-Jährigen. Der Unterschied zum Wissen über Politik zwischen jungen Erwachsenen und älteren Bevölkerungsgruppen ist weniger ausgeprägt. 18- bis 24-Jährige wissen ähnlich viel über Politik wie der Rest der Wahlberechtigten (mit Rücksicht auf den statistischen Fehler, wiedergegeben als Konfidenzintervall in Abbildung 10).

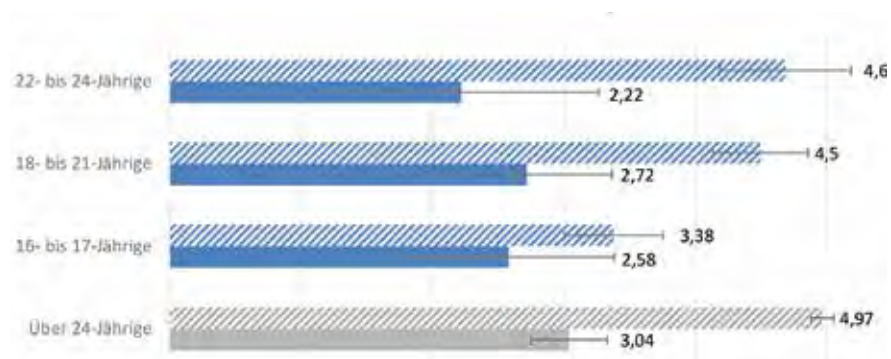
Abbildung 10
Politisches Wissen (durchschnittliche Menge korrekter Antworten von sieben Wissensfragen nach Altersgruppen (mit 95%-Konfidenzintervall))



Daten: GLES-Nachwahlstudie

Signifikante Unterschiede in Bezug auf das politische Wissen gibt es allerdings zwischen jungen Wähler_innen und Nichtwähler_innen. Junge Wähler_innen wussten erheblich mehr Fragen über Politik richtig zu beantworten als diejenigen, die bei der Bundestagswahl keine Stimme abgaben. Das ist in allen Altersgruppen deutlich der Fall, außer unter den 16- und 17-Jährigen. Unter den noch nicht wahlberechtigten Jugendlichen gab es keine statistisch signifikanten Wissensunterschiede zwischen denjenigen, die eine Stimme abgeben würden (sofern sie denn wahlberechtigt wären), und denen, die nicht wählen würden – wobei auch hier potentielle Nichtwähler_innen tendenziell weniger wissen.

Abbildung 11
(Hypothetische) Wahlbeteiligung nach durchschnittlichem politischem Wissen und Alter, 16- bis 24-Jährige und über 24-Jährige im Vergleich dazu in Grau



Daten: GLES-Nachwahlstudie

Dies zeigt, dass Wissensunterschiede erst in der Praxis der tatsächlichen Stimmabgabe wirklich ausschlaggebend sind, das heißt, wenn junge Erwachsene ab 18 Jahren tatsächlich wählen dürfen. Während es zwischen Nichtwähler_innen aller Altersgruppen keine signifikanten Unterschiede im Wissen gibt, wissen junge Wähler_innen dann mehr Fragen über Politik richtig zu beantworten, wenn sie sich im Wahlalter befinden, also, wenn die Stimmabgabe tatsächlich ansteht.

Dieses Ergebnis deckt sich mit Erfahrungen aus Schottland und Österreich, wo nach der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre zu beobachten war, dass die neuen, jüngeren Erstwähler_innen positive Verhaltensintensivierungen aufzeigten, die sonst nur bei älteren Erstwähler_innen vorhanden waren (Zeglovits & Aichholzer, 2014; Eichhorn, 2017). Sie nutzten Informationsangebote und suchten nach Möglichkeiten, sich über Politik zu informieren und eine Meinung zu bilden. Interessanterweise konnten dabei in Schottland unter den 16- und 17-Jährigen sogar höhere Beteiligungsniveaus erreicht werden als bei über 18-jährigen Erstwähler_innen (Electoral Commission, 2014). Erklärungsansätze deuten unter anderem auf eine besondere Rolle der politischen Bildung in der Schule hin (Eichhorn, 2017). In Kombination mit der tatsächlichen, parallelen Beteiligung an Wahlen bietet die Schule, und insbesondere politische Bildung in der Schule, einen institutionellen Rahmen für die Suche nach und Diskussion von politischen Informationen, die bei über 18-Jährigen nach Ende der Schulzeit so nicht mehr in der Breite vorhanden sind.

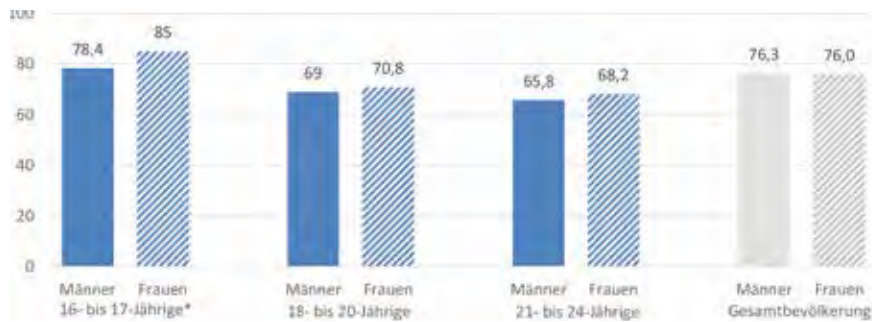
Weiterhin ist herauszustellen, dass auch in älteren Bevölkerungsgruppen signifikante Wissensunterschiede zwischen Wähler_innen und Nichtwähler_innen bestehen und dass junge Nichtwähler_innen ähnlich viel über Politik wissen, wie Nichtwähler_innen, die älter als 24 Jahre sind. Das Wissen rund um Politik spielt damit unter jungen und älteren Deutschen eine ähnliche Rolle für die Motivation, wählen zu gehen. Die Aussage, dass die Jugend grundsätzlich weniger über Politik Bescheid wisse, kann weitestgehend zurückgewiesen werden.

#4: JUNGE FRAUEN EMPFINDEN WÄHLEN ALS BÜRGER_INNENPFLICHT UND WÄHLEN TENDENZIELL HÄUFIGER

In der Gesamtbevölkerung gab es nur geringe Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen Frauen (76 Prozent) und Männern (76,3 Prozent). Nachdem Männer bis in die 1990er Jahre deutlich häufiger zur Wahl gingen, haben Frauen in ihrer Wahlbeteiligung inzwischen gleichgezogen. Mehr noch: Unter den jungen Menschen zeichnet sich eine Kehrtwende im Trend einer höheren Wahlbeteiligung zugunsten der Frauen ab. Bei der Bundestagswahl 2017 gaben tendenziell mehr junge Frauen als Männer ihre Stimme ab (69,3 gegenüber 67,1 Prozent in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen). Diese Tendenz wird auch deutlich unter 16- und 17-Jährigen. Im Falle einer Wahlberechtigung geben 85 Prozent der 16- und 17-jährigen Frauen an, mit Sicherheit an der Wahl teilzunehmen. Unter den 16- und 17-jährigen Männern sagen das nur 78 Prozent.

Dabei gingen in allen Bundesländern durchweg mehr junge Frauen als Männer zur Wahl. So weisen in Sachsen-Anhalt junge Männer zwischen 21 und 24 Jahren mit knapp 53 Prozent die niedrigste Wahlbeteiligung von allen Altersgruppen bundesweit auf. Auch in Mecklenburg-Vorpommern und Bremen ist die Wahlbeteiligung unter jungen Männern mit 57 beziehungsweise 58 Prozent nur wenig höher.

Abbildung 12
Jugendwahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 nach Geschlecht und Alter



Daten: Bundeswahlleiter und *hypothetische Wahlbeteiligung für 16- und 17-Jährige aus GLES-Nachwahlstudie

Woher rührt die tendenziell höhere Wahlbeteiligung unter jungen Frauen? Erwartungsgemäß geben junge Frauen an, weniger Interesse an Politik im Allgemeinen zu haben: zwischen zehn und 20 Prozent weniger als junge Männer. Das kann unter anderem damit begründet werden, dass Politik im Allgemeinen immer noch häufig als institutionalisierte Politik, also hauptsächlich Partei- und Gremienarbeit, verstanden wird. Die wiederum wird traditionell als Männerdomäne wahrgenommen (Westle, 2001). Junge Frauen möchten sich im Gegensatz dazu eher auf nichtinstitutionalisierten Wegen an Politik beteiligen, zum Beispiel durch bewussten Konsum, einmalige Aktionen oder gesellschaftliches Engagement (Grohe, 2016). Wird jedoch nach konkretem Interesse am Wahlkampf oder nach geführten Gesprächen über Politik pro Woche gefragt, liegen junge Männer und Frauen ungefähr gleich auf. Beim Interesse am Ausgang der Wahl sind junge Frauen sogar deutlich vor den jungen Männern platziert.

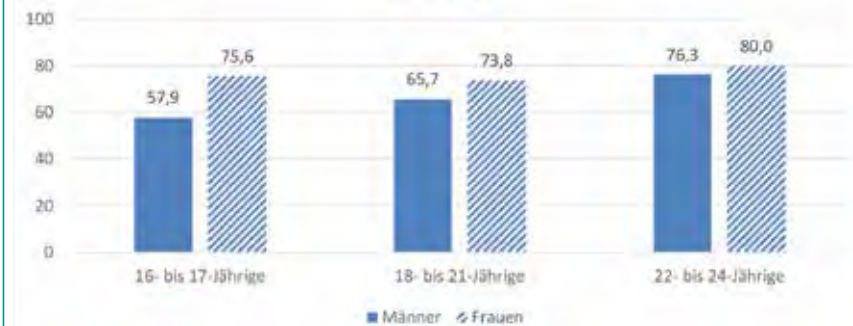
Abbildung 13
Interesse am Wahlkampf und am Ausgang der Wahl sowie Gespräche über Politik nach Altersgruppen (stark oder sehr stark auf einer 1-5-Skala), 16- bis 24-Jährige



Daten: Bundeswahlleiter und *hypothetische Wahlbeteiligung für 16- und 17-Jährige aus GLES-Nachwahlstudie

Wir haben in Abschnitt #3 bereits hervorgehoben, dass junge Menschen das Wählen mehrheitlich als Bürger_innenpflicht betrachten. Vor allem junge Frauen sahen das zur Bundestagswahl 2017 so, wesentlich häufiger als junge Männer. Während nur etwa 62 Prozent der 16- bis 24-jährigen Männer der Aussage zustimmten, das Wählen eine Pflicht sei, waren es unter den jungen Frauen mehr als drei Viertel. Das Pflichtbewusstsein in Bezug auf die Stimmabgabe ist vor allem unter den 16- und 17-jährigen jungen Frauen bemerkenswert hoch, wenn man bedenkt, dass diese Altersgruppe bei Bundestagswahlen nicht wahlberechtigt ist. Das Pflichtbewusstsein, zur Wahl zu gehen, stellte also vor allem für junge Frauen einen entscheidenden Faktor für die Beteiligung an der Wahl dar.

Abbildung 14
Zustimmung zur Aussage, dass Wählen Bürger_innenpflicht ist (in %), nach Alter und Geschlecht, 16- bis 24-Jährige



Daten: GLES-Nachwahlstudie

Ein Appell an die Bürger_innenpflicht allein reicht allerdings nicht aus, um junge Frauen an die Wahlurne zu bringen. Das wird vor allem dann deutlich, wenn ein Blick auf die Unterschiede zwischen jungen Wählerinnen und Nichtwählerinnen geworfen wird. Denn auch junge Nichtwählerinnen sehen das Wählen mehrheitlich als Bürger_innenpflicht. Fast zwei Drittel schauen mit Pflichtbewusstsein auf die Stimmabgabe, während es unter den jungen Nichtwählern nur 16 Prozent sind. Der Unterschied ist so gravierend, dass junge Nichtwählerinnen in größerem Ausmaß aus anderen Gründen nicht zu wählen scheinen, als es durch das Fehlen eines Pflichtgefühls erklärt werden könnte.

Abbildung 15
Zustimmung zur Aussage, dass Wählen Bürger_innenpflicht ist (in %), nach Geschlecht und Wahlbeteiligung, 16- bis 24-Jährige



Daten: GLES-Nachwahlstudie

Demnach muss auch für das Wahljahr 2017 geschlussfolgert werden, dass junge Frauen der Wahl aus anderen Gründen fernblieben als junge Männer. Für junge Frauen spielen die wahrgenommene Selbstwirksamkeit und Selbsteinschätzung eine große Rolle für den Zugang zu Politik. Fast 40 Prozent der 16- bis 24-jährigen jungen Frauen sagt, dass sie es sich nicht zutrauen, sich aktiv an politischen Gesprächen zu beteiligen. Unter den jungen Männern ist es dagegen lediglich gut ein Viertel. Auch gibt fast die Hälfte der jungen Frauen an, dass politische Fragen oft nur schwer zu verstehen seien (46 Prozent), während das Gleiche etwas mehr als ein Viertel der jungen Männer denkt.

Abbildung 16
Zustimmung zu Aussagen zur politischen Selbstwirksamkeit (in %) nach Geschlecht, 16- bis 24-Jährige



Daten: GLES-Nachwahlstudie

Das Empfinden geringerer politischer Selbstwirksamkeit unter Frauen im Vergleich zu Männern kann auf verschiedene Faktoren zurückgeführt werden, zum Beispiel auf Unterschiede in der Erziehung und Sozialisation von Jungen und Mädchen oder die häufigere Wahrnehmung struktureller Zugangsbarrieren zu Politik unter jungen Frauen (Westle, 2011). Es wird argumentiert, dass Frauen in Deutschland noch immer in einem gesellschaftlichen Kontext aufwachsen, in dem hauptsächlich Männer in der Öffentlichkeit stehen und Politik machen, während Frauen es aufgrund ihrer Lebensumstände und struktureller Barrieren schwerer haben, in politische Ämter zu kommen. Dementsprechend denkt ungefähr ein Drittel der jungen Frauen, dass sich Politiker_innen sowieso nicht um die Meinung von Leuten wie ihnen kümmern.

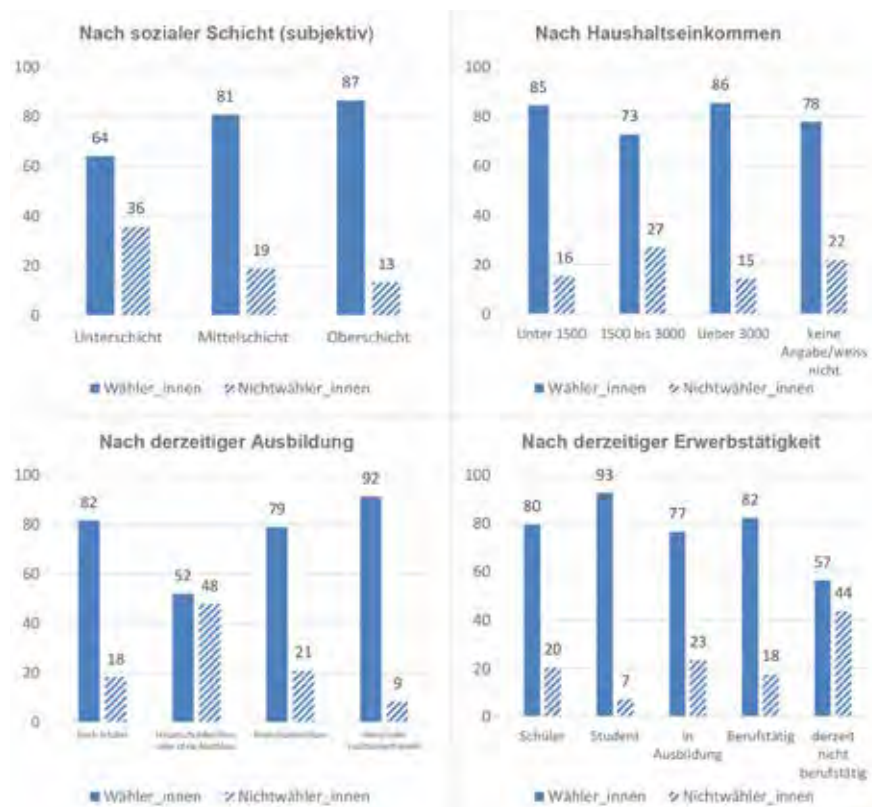
Des Weiteren wird aber auch angenommen, dass Frauen ihr Interesse an Politik und die eigene Wirksamkeit in Bezug auf Politik realistischer einschätzen als Männer (Westle, 2001). Dazu passt ebenfalls, dass junge Männer Politik als wesentlich weniger kompliziert einschätzen als junge Frauen. Gut ein Drittel der jungen Frauen sieht die Probleme als so kompliziert an, dass die Politik sie ohnehin nicht lösen könnte. Unter jungen Männern sind nur etwas mehr als 20 Prozent dieser Meinung.

#5: DAS WAHLVERHALTEN SPIEGELT AUCH BEI JUNGEN MENSCHEN SOZIALE UNTERSCHIEDE WIDER

Im Gegensatz zu jungen Männern und Frauen unterschieden sich junge Menschen verschiedener sozialer Hintergründe teilweise gravierend in ihrer Beteiligung an der Bundestagswahl 2017. Unter denjenigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich der Mittel- und Oberschicht zuordnen, gaben etwas mehr bei der Bundestagswahl ihre Stimme ab (81 und 87 Prozent im Vergleich zu 64 Prozent). Auch der Grad des politischen Wissens variiert signifikant mit der subjektiven Schichtzugehörigkeit. Je höher die eigene soziale Schicht, umso höher ist auch die durchschnittliche Anzahl der korrekten Antworten. Damit spiegelt ebenso die Jugend unterschiedliche Zugänge zu Politik je nach sozialer Schicht wider.

Abbildung 17

(Hypothetische) Jugendwahlbeteiligung (16- bis 24-Jährige) nach sozialer Schicht (subjektiv), Haushaltseinkommen, Ausbildung und Erwerbstätigkeit

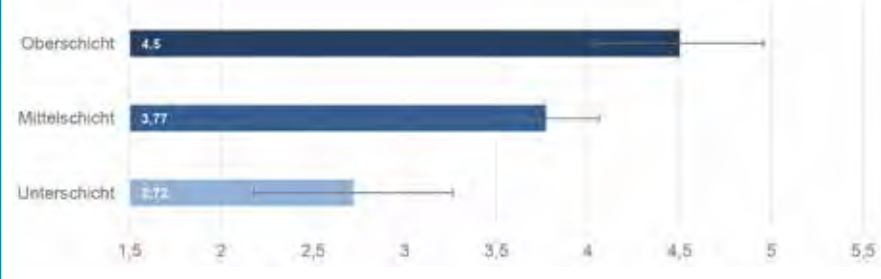


Daten: GLES-Nachwahlstudie

Einschätzungen auf Basis des Haushaltseinkommens oder Bildungsabschlusses sind aufgrund der Bandbreite der Lebensrealitäten unter den 16- bis 24-Jährigen nur begrenzt aussagekräftig. Während einige in dieser Altersgruppe zur Schule gehen und noch bei den Eltern wohnen, sind andere in der Ausbildung oder berufstätig und alleinstehend mit nur einem Einkommen pro Haushalt.

Abbildung 18

Politisches Wissen (durchschnittliche Menge korrekter Antworten von sieben Wissensfragen) nach subjektiver Schichtzugehörigkeit (mit 95%-Konfidenzintervall), 16- bis 24-Jährige



Daten: GLES-Nachwahlstudie

Unterschiedliche Zugänge zu Politik manifestieren sich auch in Unterschieden in der Wahlbeteiligung nach dem Bildungshintergrund. Erwartungsgemäß sehen wir den höchsten Anteil der jungen Wähler_innen unter den Abiturienten (92 Prozent) und Student_innen (93 Prozent). Im Gegensatz dazu wählte nur etwas mehr als die Hälfte der jungen Menschen mit Hauptschul- oder ohne Schulabschluss und denjenigen, die derzeit nicht berufstätig sind.

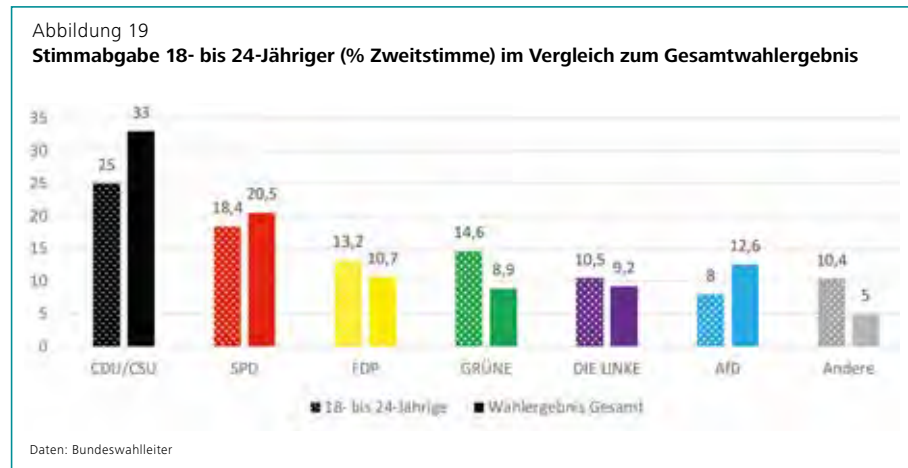
Herauszustellen ist allerdings auch der hohe Anteil der jungen Wähler_innen unter denjenigen, die zum Zeitpunkt der Wahl noch Schüler_innen, Auszubildende oder berufstätig waren (circa 80 Prozent). Das zeigt an, dass die Institutionen wie die Schule sowie der berufliche Kontext wichtige Zugänge zu Politik für junge Menschen bilden können. An diesen Orten wird dabei nicht nur faktisches Wissen über Politik vermittelt. Sie bieten auch einen Rahmen, um mit anderen über Politik ins Gespräch zu kommen und politische Meinungen auszutauschen.

#6: GRÜNE UND DIE FDP SCHNEIDEN UNTER JUNGEN WÄHLER_INNEN ÜBERDURCHSCHNITTlich GUT AB

Wie in der Gesamtbevölkerung gaben junge Wähler_innen ihre Stimme bei der Bundestagswahl am häufigsten für die CDU/CSU ab. 25 Prozent der 18- bis 24-Jährigen wählten die Christdemokraten. Obwohl insgesamt stärkste Kraft, schneiden die Schwesterparteien CDU und CSU damit unter den jungen Erwachsenen weit schlechter ab als bei älteren Teilen der Bevölkerung. Vor allem unter den jungen Männern gewannen die Christdemokraten mit nur knapp 23 Prozent die wenigsten

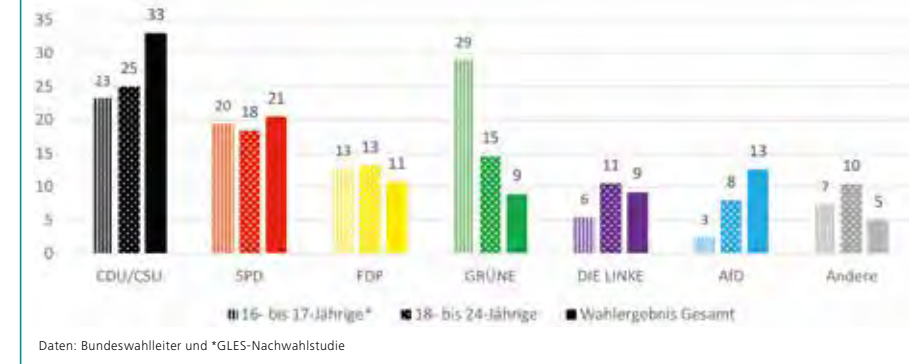
Wähler_innen und auch unter 16- und 17-jährigen Wähler_innen würden sie schlecht abschneiden, sollten diese wahlberechtigt sein (ebenso 23 Prozent).

Ein ähnliches Bild ergibt sich für die SPD. Sie überzeugte mit nur 18 Prozent weniger junge Wähler_innen als im Rest der Bevölkerung. Allerdings schnitt die Partei unter jungen Männern und Frauen ähnlich ab. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 verloren beide Volksparteien mehr als fünf Prozent und somit deutlich unter den 18- bis 24-Jährigen.



Ein substantielles Plus unter den jungen Wähler_innen gab es dagegen auf Seiten der kleineren Parteien. FDP, Linke und die Grünen konnten gegenüber 2013 allesamt unter den 18- bis 24-Jährigen Stimmen dazugewinnen. Die Grünen schnitten dabei mit knapp 15 Prozent überdurchschnittlich gut ab unter jungen Erwachsenen. Verantwortlich dafür sind vor allem junge Frauen, von denen fast 18 Prozent für die Partei stimmten. In keiner Altersgruppe konnten die Grünen so viele Wähler_innen überzeugen wie unter den 18- bis 24-Jährigen. Unter den 16- und 17-Jährigen würden die Grünen nach einer repräsentativen Umfrage sogar stärkste Kraft, sollten diese wahlberechtigt sein.

Abbildung 20
Stimmabgabe 18- bis 24-Jähriger und *hypothetische Stimmabgabe 16- bis 17-Jähriger (% Zweitstimme) im Vergleich zum Gesamtwahlergebnis



Auch die FDP erreichte ihren höchsten Stimmenanteil unter den jüngsten Wähler_innen und legte in dieser Altersgruppe acht Prozent im Vergleich zu 2013 zu. Für den höheren Stimmanteil der FDP sind vor allem junge Männer verantwortlich. Unter ihnen erreicht die Partei mit knapp 17 Prozent fast das Niveau der SPD. Die Linke wusste unter den jungen Erwachsenen ungefähr ebenso viele Wähler_innen zu überzeugen wie in anderen Altersgruppen.

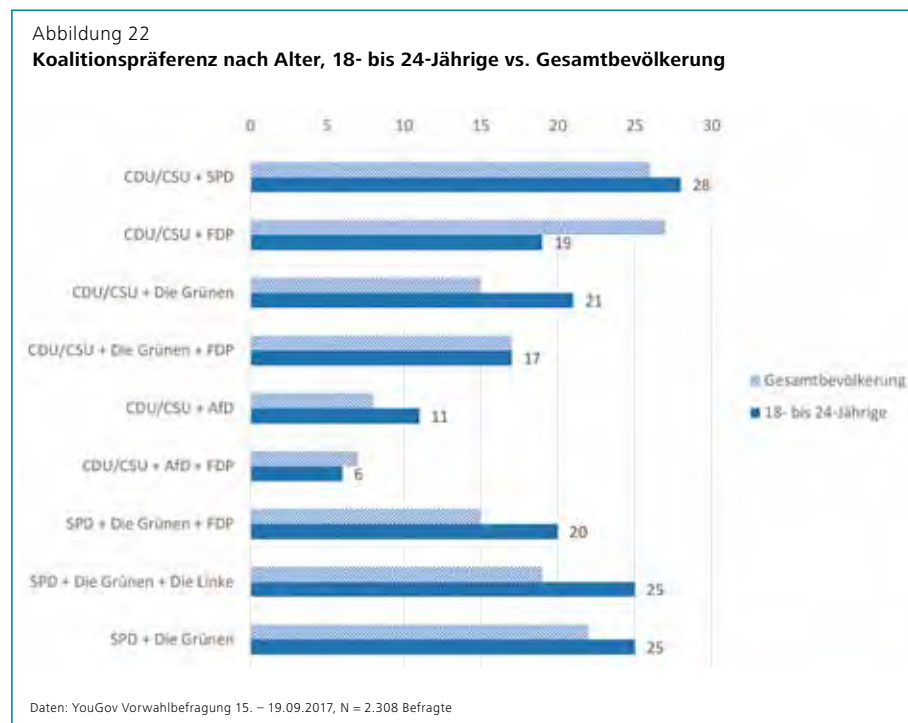
Während die Alternative für Deutschland unter den 25- bis 70-Jährigen konstant viele Wähler_innen gewann, schnitt sie unter jungen Wähler_innen (wie auch unter den ältesten Wähler_innen) deutlich schlechter ab. Knapp acht Prozent der jungen Erwachsenen gaben ihre Stimme der AfD. Vor allem unter jungen Frauen spielte die Partei nur eine begrenzte Rolle und unter den 16- und 17-Jährigen hätten lediglich 2,5 Prozent für die AfD gestimmt.

Abbildung 21
Stimmabgabe 18- bis 24-Jähriger (% Zweitstimme) nach Geschlecht im Vergleich zum Gesamtwahlergebnis

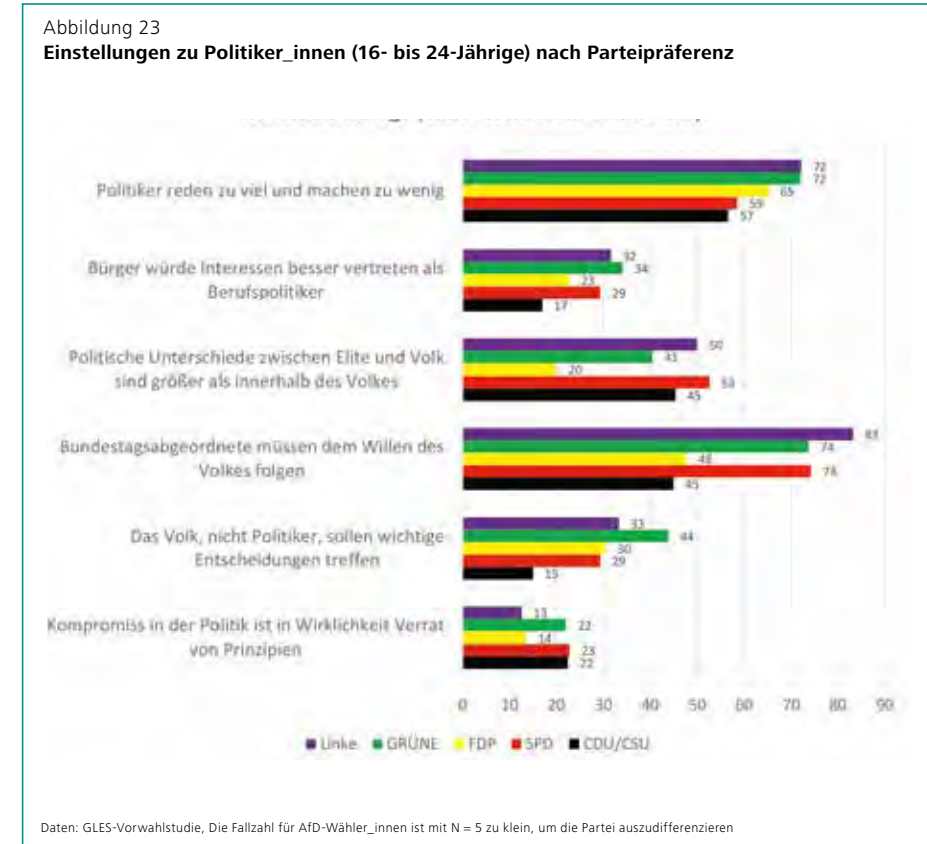


In Bezug auf Koalitionspräferenzen für eine Regierungsbildung gab es deutliche Unterschiede zwischen den jungen Erwachsenen und der Gesamtbevölkerung. Während die „Große Koalition“ in beiden Gruppen zu den beliebtesten Optionen zählte (etwas mehr als ein Viertel Zustimmung), war die andere Präferenz der Gesamtbevölkerung, nämlich eine Koalition aus CDU/CSU und FDP (27 Prozent), mit nur 19 Prozent deutlich unbeliebter bei den jungen Wähler_innen.

Die größere Zustimmung für die Grünen in der Wahlabsicht spiegelte sich auch in den Koalitionspräferenzen der jungen Wähler_innen wider: Koalitionen mit Beteiligung der Grünen waren bei den 18- bis 24-Jährigen beliebter als in der Gesamtbevölkerung. Das traf sowohl auf links-orientierte Bündnisse, wie SPD, Grüne und Linkspartei (25 Prozent Zustimmung im Vergleich zu 19 Prozent bei allen) oder SPD und Grüne zu (25 Prozent Zustimmung im Vergleich zu 22 Prozent bei allen), als auch auf eine CDU/CSU-Grüne Koalition (21 Prozent statt 15 Prozent). Auch eine Koalition aus CDU/CSU, Grünen und FDP hätte unter den jungen Wähler_innen gut abgeschnitten (17 Prozent Zustimmung).

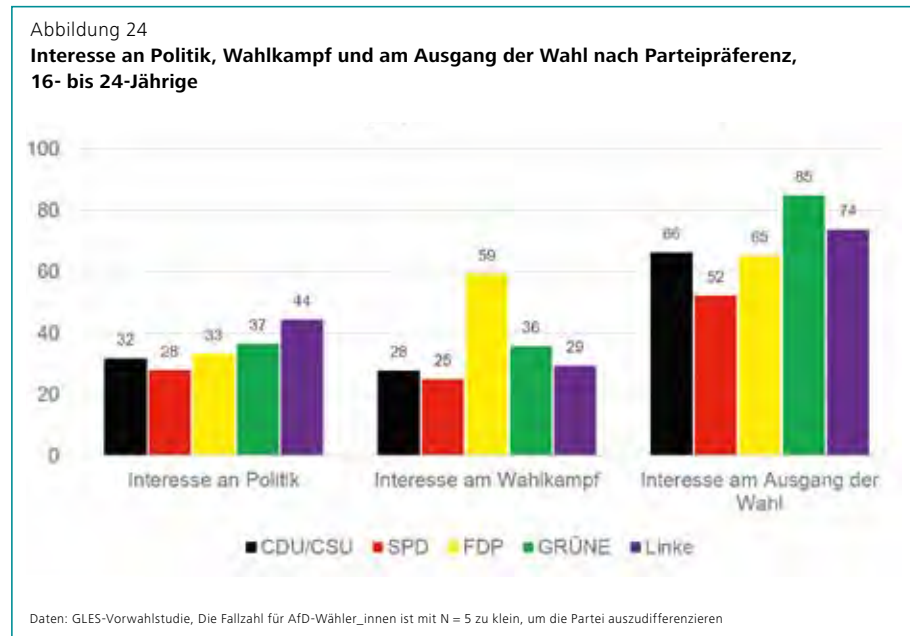


Die unterschiedlichen politischen Tendenzen der jungen Deutschen lassen sich auch in ihren Einstellungen zu Politiker_innen sowie ihrem Interesse an und Wissen zu Politik abbilden. In all diesen Bereichen unterscheiden sich junge Wähler_innen teilweise substantiell nach ihrer Parteipräferenz. So sagten junge Anhänger_innen von Linkspartei, Grünen und FDP zum Beispiel deutlich häufiger, dass Politiker_innen zu viel reden und zu wenig machen, als SPD- und CDU/CSU-Befürworter_innen. Ein stärkeres Weisungsverständnis des Volkes gegenüber der Politik sahen hingegen Linkspartei-, Grüne- und SPD-Unterstützer_innen (73 bis 83 Prozent), während dies nur 48 Prozent der FDP und 45 Prozent der CDU/CSU-Unterstützer_innen taten. CDU/CSU- und FDP-Wähler_innen waren ebenso am wenigsten kritisch gegenüber der Rolle von Berufspolitiker_innen. Über alle Fragen hinweg waren die jungen Personen, die die CDU/CSU präferieren, am wenigsten negativ gegenüber Politiker_innen eingestellt.

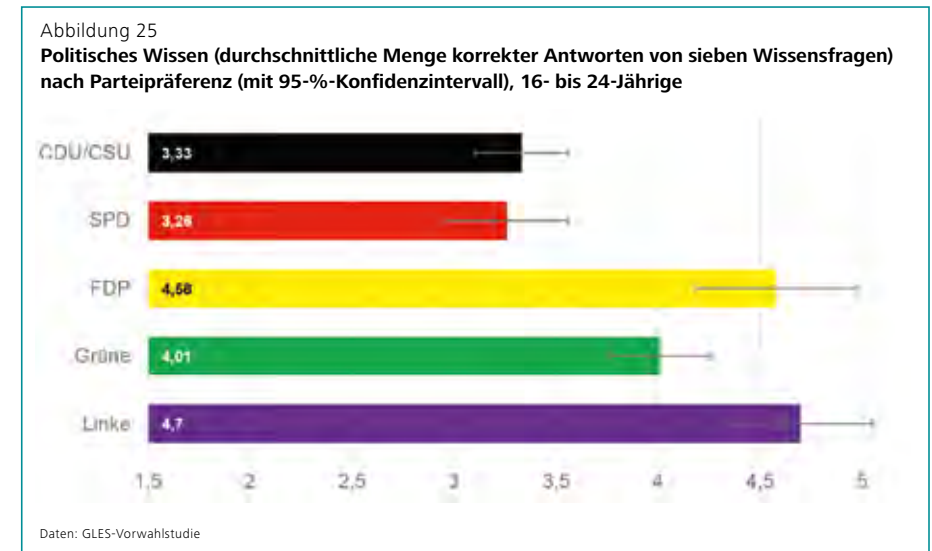


Junge Parteianhänger_innen unterscheiden sich auch in ihrem Interesse an Politik im Allgemeinen. Wird die Interessenshöhe danach aufgeteilt, welche Partei die jungen Wähler_innen präferierten, ergibt sich ein komplexes Bild, mit deutlichen Unterschieden zwischen dem allgemeinen Interesse an Politik und dem konkreten Interesse an der Wahl und am Wahlkampf.

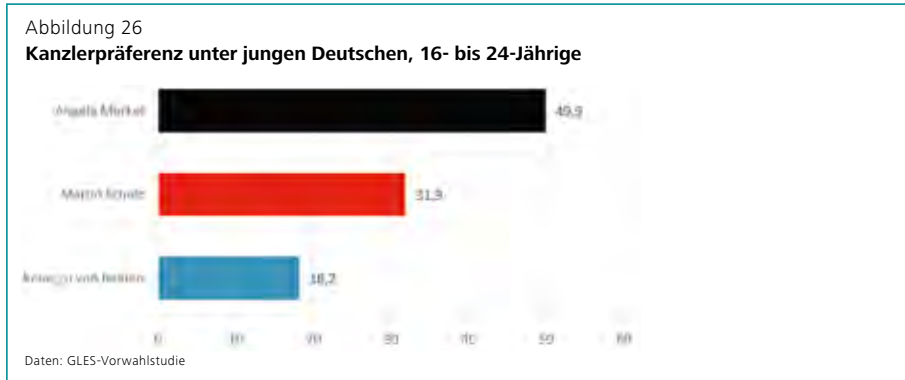
Junge SPD-Anhänger_innen waren grundsätzlich in allen drei Bereichen am wenigsten interessiert. Bei anderen Parteien fiel das Bild aber gemischter aus. Während Anhänger_innen der Linkspartei zum Beispiel das höchste generelle Interesse an Politik (44 Prozent) artikulierten, zeigten sie nur ein durchschnittliches Interesse am Wahlkampf (29 Prozent). Bei jungen Menschen, die die FDP favorisierten, war das Gegenteil der Fall. Ihr Interesse an Politik war durchschnittlich (33 Prozent, ähnlich hoch wie bei der CDU mit 32 Prozent, zum Beispiel), aber ihr Interesse am Wahlkampf ungefähr doppelt so hoch wie für die Unterstützer_innen der meisten anderen Parteien (mit 59 Prozent). Wähler_innen der Grünen zeigten andererseits ein generelles Politik- und Wahlkampfinteresse im oberen Mittelfeld, hatten aber das mit Abstand größte Interesse am Wahlausgang mit 85 Prozent.



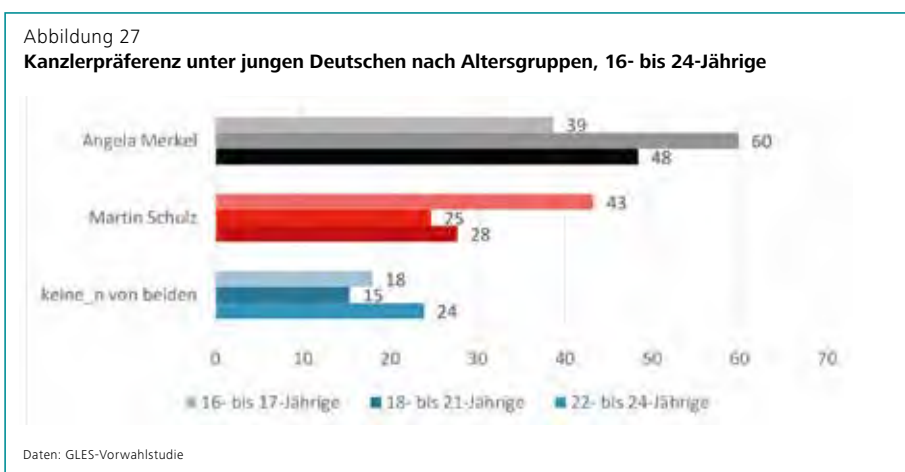
Signifikante Unterschiede im durchschnittlichen Wissen bestehen auch, wenn wir nach Zweitstimmenparteipräferenz unterscheiden. Am meisten wussten Anhänger_innen der Linkspartei (4,7 von sieben richtig beantworteten Fragen) und der FDP (4,58). Darauf folgten die 16- bis 24-Jährigen, die für die Grünen stimmen würden (vier richtige Antworten). Die wenigsten korrekten Antworten gaben im Durchschnitt die Unterstützer_innen von CDU/CSU (3,33) und SPD (3,26).



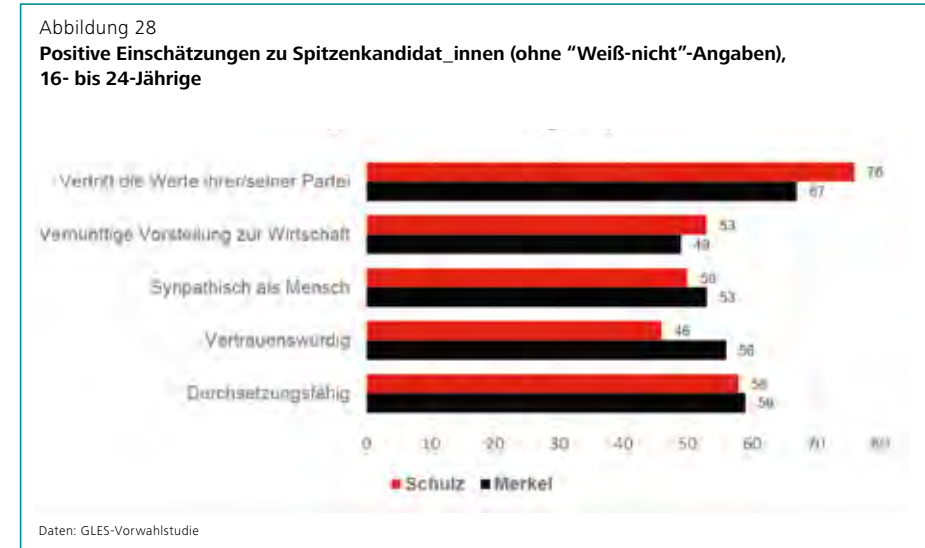
Bei der Frage, ob eher Angela Merkel oder Martin Schulz Bundeskanzler_in werden sollte, hatten die 16- bis 24-Jährigen mit 50 Prozent eine klare Präferenz für die amtierende Kanzlerin im Vergleich zum Herausforderer. Den bevorzugten nur 32 Prozent. Es sollte jedoch angemerkt werden, dass das Verhältnis unter den 16- und 17-Jährigen umgekehrt ausfiel, wenn auch nicht im gleichen Maße: In dieser Altersgruppe lag Martin Schulz mit 43 Prozent knapp vor Angela Merkel mit 39 Prozent (wobei der Unterschied hier im Bereich der statistischen Fehlertoleranz der Umfrage liegt). Die Zustimmung für die Amtsinhaberin war am stärksten in der mittleren Altersgruppe (18 bis 21 Jahre).



Diese Daten zeigen damit auf, dass wir selbst innerhalb der Gruppe der Jungwähler_innen Unterschiede in politischen Präferenzen vorfinden können und mit Verallgemeinerungen vorsichtig umgehen sollten. Obwohl es insgesamt eine starke Präferenz für Angela Merkel bei den meisten jungen Wähler_innen gab, sind bei den spezifischen Einschätzungen zu den Eigenschaften der Spitzenkandidat_innen die Unterschiede zwischen Angela Merkel und Martin Schulz eher gering.



Auf die Fragen, ob die Kandidat_innen jeweils vernünftige Vorschläge für die Wirtschaft hätten und ob sie sympathisch und durchsetzungsfähig seien, antworteten ungefähr gleich viele 16- bis 24-Jährige positiv für beide Personen. Unterschiede gab es hingegen in der Frage der Vertrauenswürdigkeit, die 56 Prozent eher bei Angela Merkel sahen. Nur 46 Prozent der Befragten fanden Martin Schulz vertrauenswürdig. Bei der Frage, ob sie jeweils die Werte ihrer Partei vertreten, lag der Herausforderer jedoch mit 76 Prozent vor der Amtsinhaberin (67 Prozent).



#7: FLÜCHTLINGSKRISE UND GLOBALISIERUNGSANGST TREIBEN NUR WENIGE JUNGE DEUTSCHE UM

Im Gegensatz zu häufig wahrgenommenen Ängsten in der Gesamtbevölkerung sind junge Menschen grundsätzlich optimistischer eingestellt. Sie äußern deutlich weniger häufig Angst in Bezug auf Themen wie Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus, die politischen Entwicklungen in der Türkei oder die Flüchtlingskrise.

Während eine Mehrheit der Befragten über 24 Jahre große Angst in Bezug auf Folgen des internationalen Terrorismus und die politischen Entwicklungen in der Türkei hat (59 bzw. 53 Prozent), zeigen sich weitaus weniger 16- bis 24-Jährige besorgt in diesen Bereichen (45 und 34 Prozent). Auch machen sich nur gut halb so viele junge als ältere Menschen Sorgen über die Auswirkungen der Flüchtlingskrise (17 statt 30 Prozent). Viel mehr Sorgen als um Flüchtlinge verspüren die jungen Erwachsenen hinsichtlich der Umweltthemen Klimaerwärmung (40 Prozent) und Kernenergie (28 Prozent). Und obwohl weniger besorgt als der Rest der Bevölkerung, schauen dennoch mehr als 40 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit großer Sorge auf das Thema internationaler Terrorismus.

Abbildung 29

Ängste zu globalen politischen Themen unter 16- bis 24-Jährigen (6 oder 7 auf 1-7-Skala)



Daten: GLES-Nachwahlstudie

Die gesamte Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen schaut ähnlich optimistisch auf die Probleme in der Welt. Herauszustellen ist allerdings, dass unter den 16- und 17-Jährigen mehr als die Hälfte der Befragten (52 Prozent) Angst in Bezug auf den internationalen Terrorismus äußert, während es unter den 22- bis 24-Jährigen nur ein Drittel der Befragten ist.

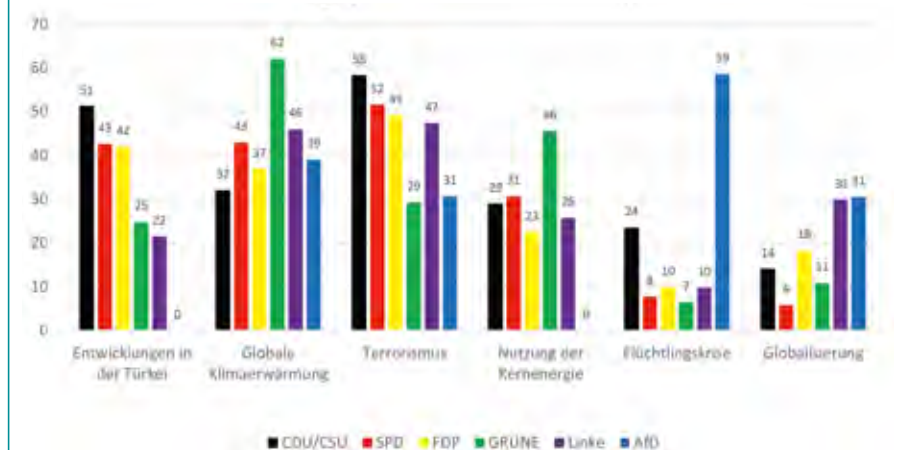
Erwartungsgemäß sorgen sich insbesondere die Unterstützer_innen der Grünen um die Umweltthemen Klimaerwärmung und Kernenergie (62 und 46 Prozent jeweils). Unterstützer_innen der AfD macht vor allem das Thema Flüchtlinge Angst (59 Prozent), aber auch Anhänger_innen der Christdemokraten sind in diesem Bereich für ihre Altersgruppe überdurchschnittlich besorgt (24 Prozent). Die Globalisierung bereitet insbesondere vielen jungen Anhängern der Linken und der AfD Sorge (30 beziehungsweise 31 Prozent).

Eine Mehrheit der 16- bis 24-Jährigen Anhänger_innen von CDU/CSU äußert starke Angst in Bezug auf das Thema Terrorismus (58 Prozent). Auch unter den Jungwähler_innen von SPD und FDP ist die Angst vor Terrorismus eine der meistgenannten Sorgen (rund 50 Prozent jeweils). Ebenso äußern diejenigen, die anführen, ihre Stimme für die Linke abgeben zu wollen, am häufigsten Angst in Bezug auf den internationalen Terrorismus (47 Prozent). Sie sind aber ebenso besorgt über die

Auswirkungen der Klimaerwärmung. Vor Terrorismus haben dagegen weitaus weniger Jugendliche und junge Erwachsene Angst, die angeben, den Grünen nahestehen (nur 29 Prozent).

Abbildung 30

Ängste zu globalen politischen Themen unter 16- bis 24-Jährigen nach Wahlabsicht (Zweitstimme)



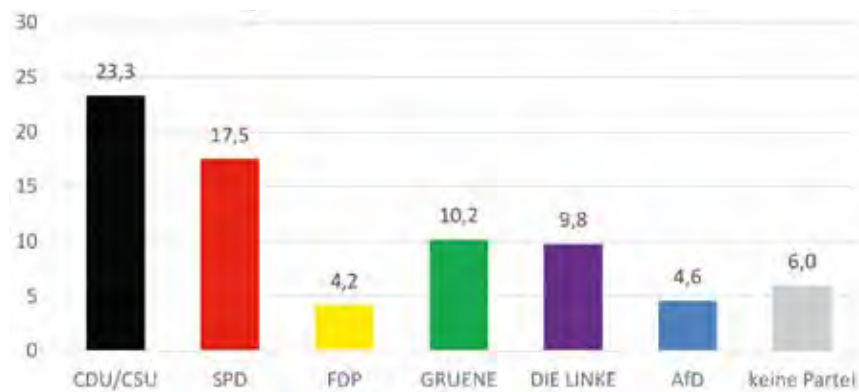
Daten: GLES-Nachwahlstudie

In Anbetracht der Wahlabsichten junger Wähler_innen und der Dimension von Angst vor Klimaerwärmung unter jungen Menschen überrascht es nicht, dass den Grünen als Partei eine besondere Kompetenz bei der Lösung dieser Probleme zugesprochen wird. Die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen sprechen aber dennoch den Volksparteien CDU/CSU und SPD die größte Lösungskompetenz in Bezug auf die wichtigsten Probleme zu.

Auffallend ist hierbei allerdings, dass bei jungen Anhänger_innen aller Parteien eine erhebliche Lücke zwischen Wahlabsicht und wahrgenommener Lösungskompetenz klafft. Die Ausnahme hiervon bilden die SPD und die Linke, denen vor allem von Jungwähler_innen der Grünen und der CDU/CSU Extra-Lösungskompetenz zugesprochen wird.

Abbildung 31

Wahrgenommene Lösungskompetenz der Parteien für wichtigste Probleme unter 16- bis 24-Jährigen



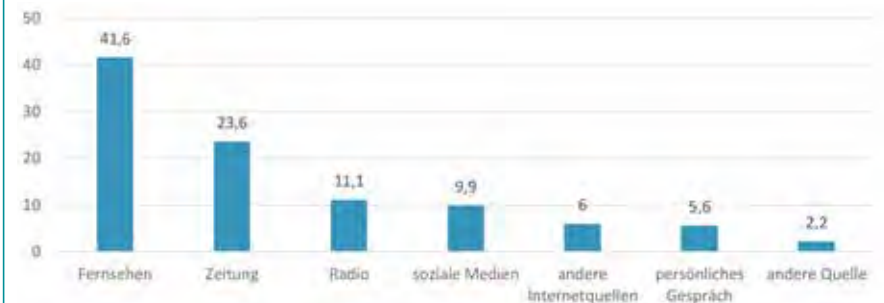
Daten: GLES-Vorwahlstudie

#8: CDU/CSU UND SPD ERREICHEN JUNGE WÄHLER_ INNEN VOR ALLEM ÜBER MASSENKOMMUNIKATIONS- MEDIEN, KLEINERE PARTEIEN ABER AUCH DURCH DIREKTE INTERAKTION

Das Fernsehen ist auch unter den meisten jungen Wähler_innen die wichtigste Informationsquelle im Wahlkampf. Rund 42 Prozent von ihnen geben an, Informationen über die Parteien oder den Wahlkampf zur Bundestagswahl aus dem Fernsehen zu bekommen. Diese Kategorie schließt explizit die Internetangebote der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender (Mediatheken von ARD und ZDF) mit ein. Nur 23 beziehungsweise elf Prozent der jungen Erwachsenen geben an, die meisten politischen Informationen aus der Zeitung und dem Radio zu beziehen.

Abbildung 32

Wichtigste Informationsquellen im Wahlkampf (ohne "Weiß-nicht"-Antworten), 16- bis 24-Jährige, wenn Fernsehen, Zeitung, etc. online gelesen, dann Nennung nicht bei "andere Internetquellen", sondern bei jeweiliger Kategorie

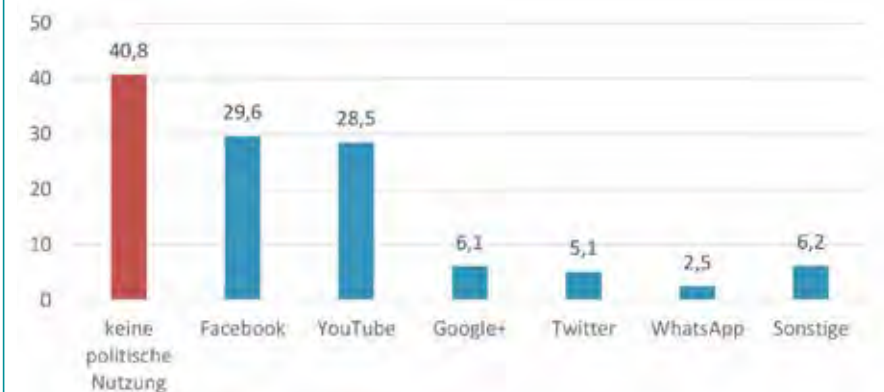


Daten: GLES-Vorwahlstudie

Es ist relevant herauszustellen, dass entgegen vielfacher Darstellung soziale Medien und andere Internetquellen nur von einem relativ kleinen Teil der jungen Erwachsenen als wichtigste Informationsquellen genannt werden. Hierbei gibt es aber gravierende Unterschiede zwischen den Altersgruppen: Während die über 18-Jährigen beinahe mehrheitlich auf Fernsehen oder Zeitungen als Hauptinformationsquelle zurückgreifen, sind es unter den 16- und 17-Jährigen immerhin knapp ein Drittel, die politische Informationen hauptsächlich aus sozialen Medien beziehen.

Abbildung 33

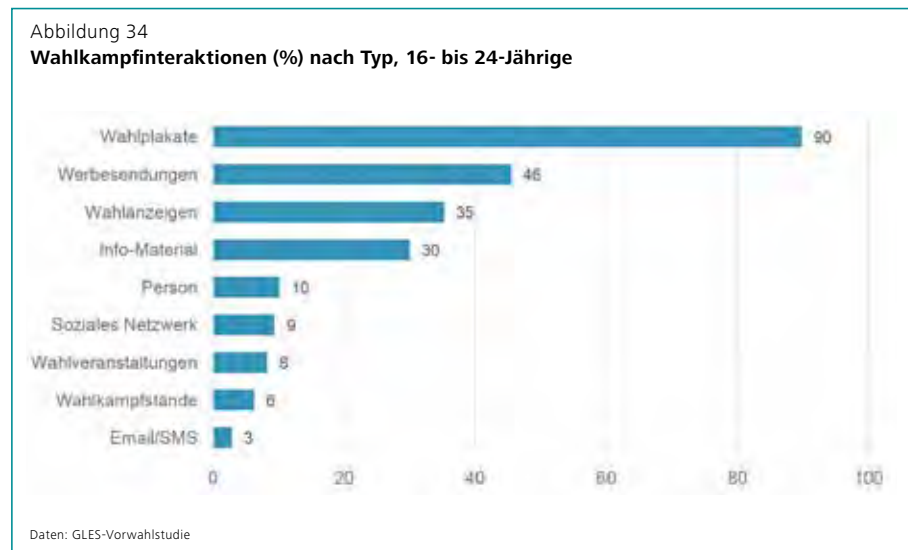
Politische Nutzung sozialer Medien (ohne "Keine Angabe"), 16- bis 24-Jährige



Daten: GLES-Vorwahlstudie

Eine große Gruppe der jungen Erwachsenen gibt an, soziale Medien vornehmlich nicht politisch zu nutzen (41 Prozent). Einzig das Videoportal Youtube und das soziale Netzwerk Facebook (vornehmlich unter den 22- bis 24-Jährigen) werden von einem substantiellen Teil der jungen Wähler_innen politisch genutzt.

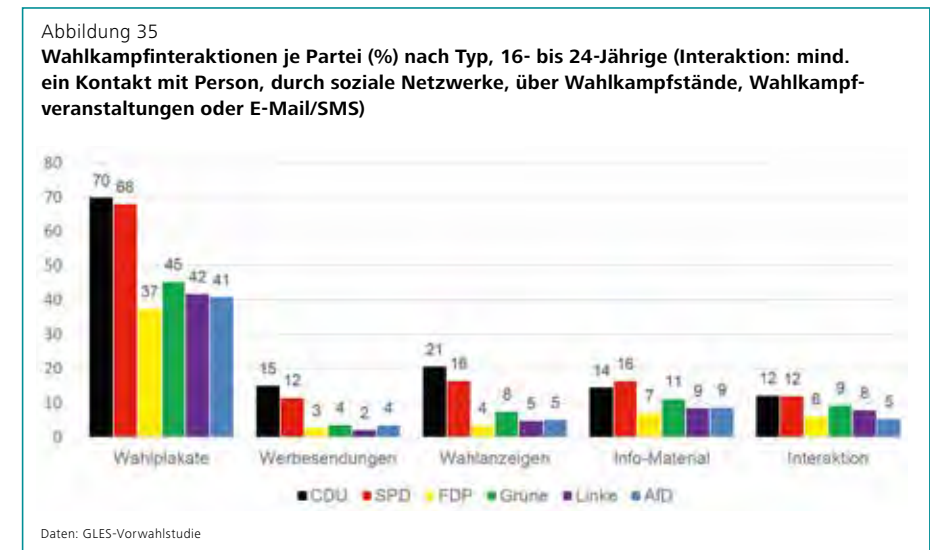
Über die klassischen Informationsquellen hinaus ist ein Großteil der 16- bis 24-Jährigen durch Wahlkampfmaterialien von Parteien mit politischen Informationen in Kontakt gekommen. 90 Prozent geben an, Wahlplakate gesehen zu haben. Es fällt auf, dass durch breit angelegte Massenkommunikationskanäle auch die meisten Personen erreicht wurden. Neben den Plakaten haben fast die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (46 Prozent) Werbesendungen erhalten, 35 Prozent Wahlanzeigen gesehen und 30 Prozent Infomaterialien betrachtet.



Deutlich weniger junge Menschen berichten jedoch, direkt mit Parteivertreter_innen interagiert zu haben. Ob in Person (zehn Prozent), durch soziale Netzwerke (neun Prozent), über Wahlkampfveranstaltungen (acht Prozent) oder Wahlkampfstände (sechs Prozent) und E-Mail/SMS (drei Prozent), nur ein relativ geringer Anteil junger Menschen wurde von den Parteien über solche Wege erreicht.

In der Nutzung aller Massenkommunikationskanäle (Wahlplakate, Werbesendungen, Wahlanzeigen, Info-Materialien) und direkten Interaktionen (über Kontakt mit einer Person, soziale Netzwerke, Wahlkampfstände, Wahlkampfveranstaltungen oder

E-Mail/SMS) liegen die beiden größten Parteien, CDU/CSU und SPD, klar vorn. Für jedes dieser Wahlkampfinstrumente konnten sich mehr junge Menschen explizit an Kontakte mit diesen Parteien erinnern, als es für die kleineren Parteien der Fall war. Im Vergleich der Nutzung durch die kleineren Parteien selbst gab es keine großen Unterschiede. Ebenso lagen CDU/CSU und SPD hierbei jeweils ungefähr gleich auf. Die unterschiedlichen Parteipräferenzen können also scheinbar nicht unmittelbar auf die Quantität im Kontakt mit Kommunikationsinstrumenten der Parteien zurückgeführt werden (zumindest im Vergleich der beiden größten Parteien und der vier kleineren Parteien miteinander).

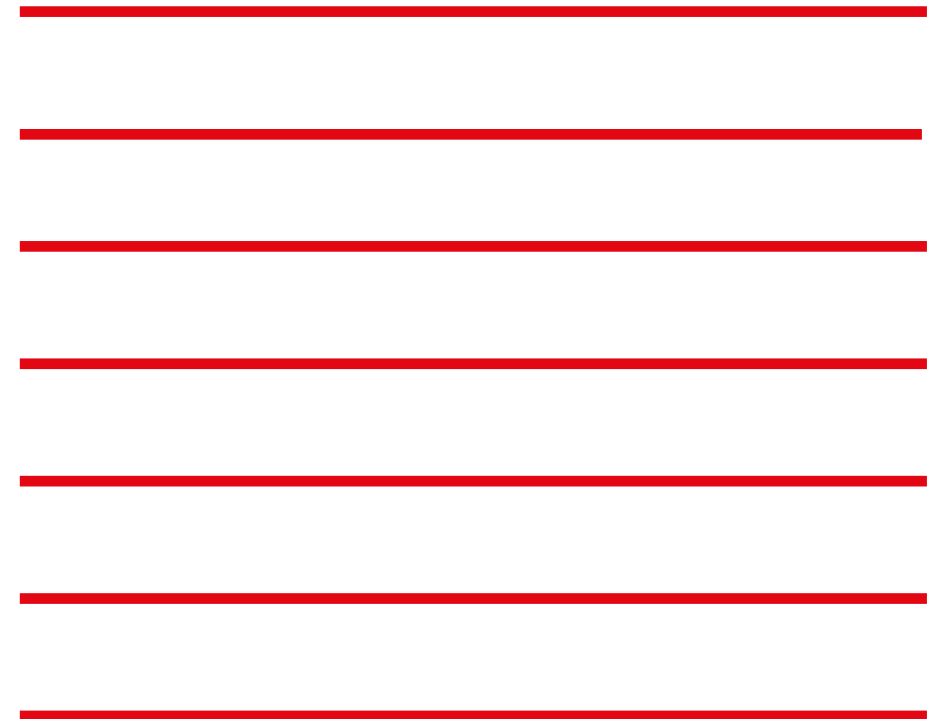




SCHLUSSFOLGERUNGEN:

ERWARTBARES UND

NEUE ERKENNTNISSE



SCHLUSSFOLGERUNGEN: ERWARTBARES UND NEUE ERKENNTNISSE

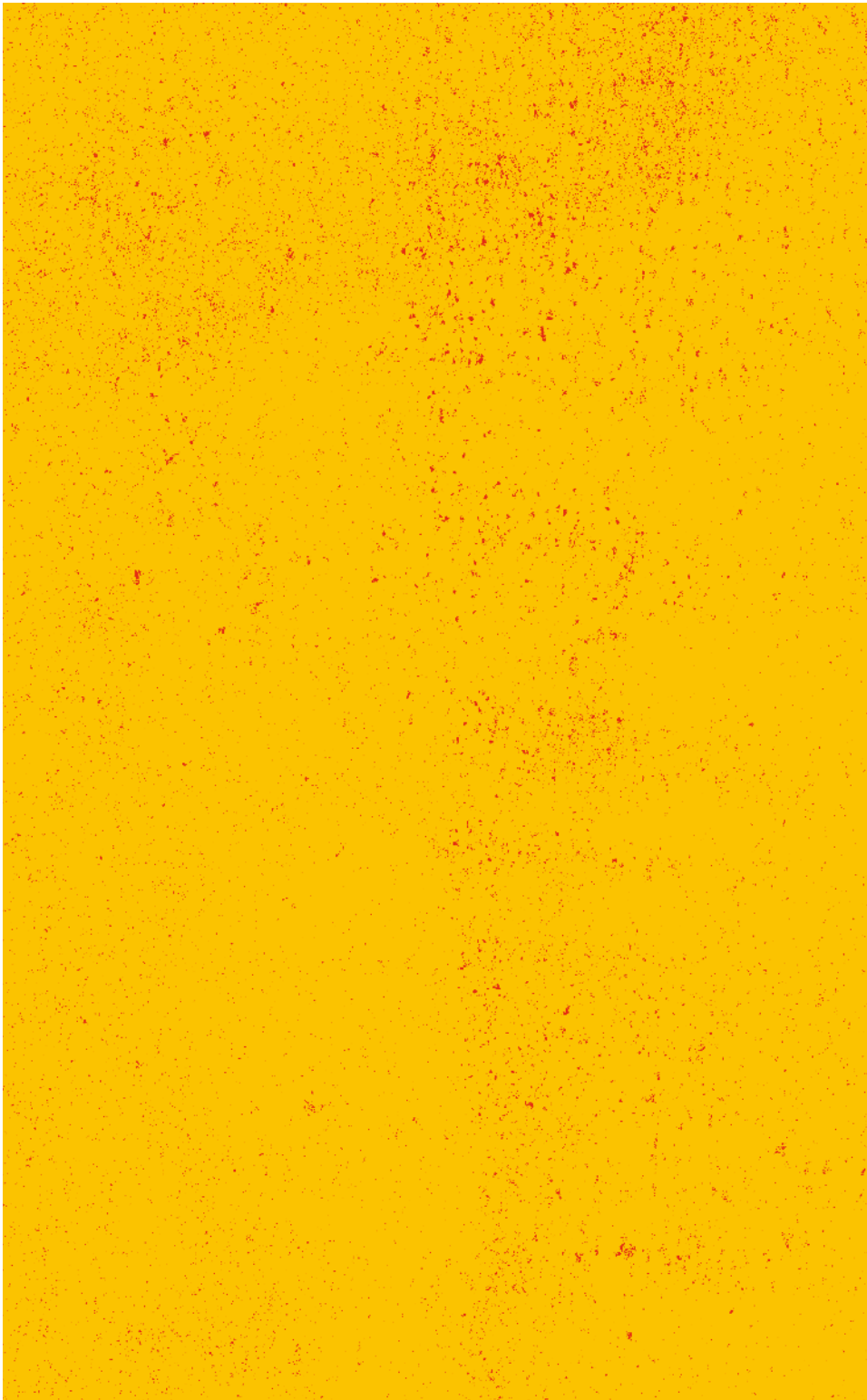
Die Bundestagswahl 2017 war in vielerlei Hinsicht kein Ausreißer aus allgemeinen Trends zur Jugendbeteiligung an Politik in Deutschland. Auf der Basis der verfügbaren Daten lässt sich festhalten, dass eine Reihe bekannter Erkenntnisse zur Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener an Politik und Wahlen auch im Kontext des Wahljahres 2017 Bestand hat:

- Wie bei vorherigen Wahlen gaben bei der Bundestagswahl 2017 abermals weniger junge Deutsche eine Stimme ab als der Durchschnitt der Wähler_innenschaft.
- Dabei beteiligten sich die jüngsten Erstwähler_innen (18- bis 20-Jährige) etwas häufiger an der Wahl als ältere (21- bis 24-Jährige).
- In Teilen Ostdeutschlands fällt wie im Rest der Bevölkerung auch die Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen besonders gering aus. Die geringste Wahlbeteiligung wiesen junge Männer zwischen 21 und 24 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt auf. Fast jeder Zweite von ihnen gab bei der Bundestagswahl keine Stimme ab.
- Junge Erwachsene mit Abitur, Student_innen und diejenigen, die sich einer höheren sozialen Schicht zuordnen, wählten erwartungsgemäß häufiger als Altersgenossen mit anderem Bildungs- oder sozialen Hintergrund.
- Junge Deutsche sehen die Beteiligung an Wahlen vornehmlich als Bürger_innenpflicht, vor allem junge Frauen. Allerdings empfinden viele von ihnen politische Fragen als schwer zu verstehen, die heutigen Probleme als zu komplex für die Politik und die Welt als unübersichtlich.
- Die Mehrheit der jungen Erwachsenen gab ihre Stimme für die Christ- oder Sozialdemokraten ab. Dabei unterscheiden sich die Wahlabsichten der jungen Wähler_innen nur geringfügig von den tatsächlichen Wahlergebnissen dieser beiden Parteien.
- Erwartungsgemäß wurden junge Erwachsene vor allem von den großen Parteien, CDU/CSU und SPD, vornehmlich durch Wahlplakate, Werbesendungen und Wahlanzeigen erreicht. Fernsehen und Zeitungen sind auch unter den 16- bis 24-Jährigen die wichtigsten politischen Informationsquellen.

Im Gegensatz zur Bestätigung dieser bestehenden Erkenntnisse gibt es aber gute Gründe, diese sowie weitläufige Annahmen zur Beteiligung junger Erwachsener an Politik auf Basis der Daten zur Bundestagswahl 2017 zu differenzieren. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass „die Jugend“ auch in 2017 nicht als homogene Gruppe gesehen werden kann. Es gilt, Unterschiede zwischen den Geschlechtern in der regionalen und sozialen Verteilung zu berücksichtigen und darauf hinzuweisen, dass die Meinungen unter jungen Deutschen ebenso weit auseinandergehen wie im Rest der Bevölkerung:

- Nicht überall im Osten ist die Jugendwahlbeteiligung niedrig. Vor allem in Sachsen, aber auch in Thüringen wählten mehr 18- bis 24-Jährige pro Erwachsene als in vielen westdeutschen Bundesländern. Und während Sachsen-Anhalt die deutschlandweit geringste Wahlbeteiligung unter jungen Männern zwischen 21 und 24 Jahren aufweist, wählten hier fast ebenso viele 18- bis 20-jährige Frauen wie Erwachsene.
- Anders als in der Gesamtbevölkerung wählten junge Frauen unter 25 Jahren tendenziell häufiger als gleichaltrige Männer. Das ist darauf zurückzuführen, dass vor allem junge Frauen das Wählen als Bürger_innenpflicht wahrnehmen. Dennoch weisen junge Frauen auch im Wahljahr 2017 noch immer gravierende Unterschiede auf im Vergleich zu jungen Männern in der Wahrnehmung ihrer politischen Selbstwirksamkeit und ihres Zugangs zu Politik.
- Obwohl junge Deutsche auch in 2017 ein eher geringes allgemeines politisches Interesse äußerten, war das konkrete Interesse am Wahlkampf und am Ausgang der Bundestagswahl 2017 hoch. Eine Mehrheit der jungen Erwachsenen gab an, vor der Wahl Gespräche mit anderen über Politik geführt zu haben.
- Die Grünen und die FDP schnitten überdurchschnittlich gut ab unter jungen Erwachsenen und Koalitionen mit den Grünen waren bei den 16- bis 24-Jährigen durchweg beliebter als in der Gesamtbevölkerung. Die AfD spielte dagegen eine geringere Rolle unter den jungen als unter den älteren Wähler_innen.
- Das gute Abschneiden der Grünen mag darauf zurückzuführen sein, dass viele junge Deutsche mit großer Sorge auf die Klimaerwärmung schauen. Auch der internationale Terrorismus und die politischen Entwicklungen in der Türkei machen einigen jungen Erwachsenen erhebliche Angst. Die im Wahlkampf tonangebenden Themen wie Flüchtlingskrise und Globalisierungsangst spielten dagegen für die Mehrheit der jungen Erwachsenen eine geringere Rolle.

- Soziale Medien gewinnen zwar vor allem unter den unter 18-Jährigen an Bedeutung, allerdings werden sie von einem Großteil nicht politisch genutzt. Die Ausnahme hiervon bilden das Videoportal Youtube und das soziale Netzwerk Facebook, allerdings nur für einen Teil der jungen Erwachsenen.



AUSBLICK UND ERSTE EMPFEHLUNGEN

Insgesamt ist es wichtig festzuhalten, dass es in Bezug auf die Jugendwahlbeteiligung ein Fehler wäre, junge Menschen ausschließlich als „jung“ zu sehen. Auch im Wahljahr 2017 zeigten junge Menschen untereinander mindestens so viele Unterschiede in ihren politischen Verhaltensweisen und Einstellungen zu Politik, wie es sie in der Gesamtbevölkerung gibt. Darüber hinaus ist eine Charakterisierung als „jung“ – und daher „anders“ – in der politischen Kommunikation nicht nur eine grobe Vereinfachung, sondern wird von jungen Menschen im ungünstigsten Fall als bevormundend wahrgenommen.

Indessen gilt es, im Umgang mit jungen Wähler_innen auf Unterschiede in der jungen Altersgruppe einzugehen. So hatten junge Frauen andere Gründe für ihre Stimmabgabe als junge Männer und müssen dementsprechend auch anders angesprochen werden. Ebenfalls auf junge Menschen verschiedener sozialer und Bildungshintergründe muss gesondert eingegangen werden, um strukturelle Unterschiede abzubauen. Während ein Appell an die Bürger_innenpflicht sowie an die Selbstwirksamkeit vor allem manche junge Frau an die Wahlurne bringen kann, sind für junge Männer eher Faktoren wie Bildung, politisches Wissen und die Lebenssituation ausschlaggebend.

Institutionen, die junge Menschen erreichen und einen Rahmen für den Austausch über Politik bieten, sind besonders gefragt, um jungen Menschen bestimmter sozialer und Bildungsschichten den Austausch über Politik und die Wahlen zu ermöglichen. Denn das konkrete Interesse an der Bundestagswahl war unter vielen jungen Menschen hoch. Doch spielt politisches Wissen, ob gemessen oder nach Selbsteinschätzung, unter jungen Menschen eine große Rolle für den Zugang zu Politik und konkret zum Wählen, eventuell sogar eine größere als in älteren Gruppen der Bevölkerung. Allerdings fallen die Unterschiede in Bezug auf das politische Wissen zwischen potentiellen Wähler_innen und Nichtwähler_innen bei 16- und 17-Jährigen deutlich geringer aus als in älteren Gruppen. Das spricht dafür, dass politischer Bildung in der Schule eine besondere Rolle zugeschrieben werden kann, wenn es darum geht, jungen Menschen Zugang zu politischen Themen zu verschaffen.

Darüber hinaus muss aber auch gerade in Bezug auf die geringe Beteiligung 21- bis 24-Jähriger über Zugänge zu jungen Menschen nachgedacht werden, die nicht

mehr zur Schule gehen. Die vielbeschworenen sozialen Medien sind hier nur ein Teil der Lösung, da sie nicht flächendeckend und nur von wenigen jungen Menschen zum politischen Austausch genutzt werden. Es müssen stattdessen die konkreten Lebenssituationen junger Menschen in diesen Altersgruppen bedacht und Institutionen jenseits von Schulen eingebunden werden, die junge Menschen erreichen, politisches Wissen vermitteln und einen Rahmen für den Austausch über Politik bieten können, darunter zum Beispiel auch Ausbildungsstätten und Arbeitgeber.

Auch nach Auswertung der verfügbaren Daten zur Jugendbeteiligung an der Bundestagswahl bleiben einige wichtige Fragen offen. Es bleibt zu untersuchen, was genau einen Teil der jungen Deutschen dazu bewegte, ihre Stimme für eine_n bestimmten Kandidat_in oder eine Partei abzugeben. Die Bandbreite möglicher Antworten ist auf Basis der Analyse geschlossener Fragen aus quantitativen Studien nur schlecht darzustellen. Gleiches gilt insbesondere auch für die Themen, die jungen Erwachsenen in 2017 wichtig waren. Zur Erfassung der Vielschichtigkeit von Gründen und Motivationen bedarf es qualitativer Forschung, bei der Jugendliche und junge Erwachsene vorgeben, was ihnen wichtig ist.

Darüber hinaus wäre es wünschenswert, detailliertere repräsentative Daten zu den Wahlentscheidungen junger Deutscher zur Verfügung zu haben, um besser ausdifferenzieren zu können, wie heterogen die Jugend in Deutschland in Bezug auf ihre politischen Einstellungen wirklich ist. Ein Nachteil der in diesem Bericht verwendeten Daten liegt darin, dass sie sich alle auf eine Teilstichprobe der jungen Erwachsenen von der Gesamtbevölkerung beziehen. Die jeweiligen Umfragen wurden nicht speziell für Jugendliche und junge Erwachsene konzipiert. Auch lassen sich durch kleinere Stichproben Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen junger Deutscher nicht ausreichend abbilden, zum Beispiel zwischen Stadt und Land. Eine Erhebung repräsentativer und über verschiedene Gruppen hinweg komparativer Daten speziell unter jungen Deutschen würde es ermöglichen, Fragen der verschiedenen regionalen und sozialen Kontexte in Deutschland tiefgründig zu analysieren.





QUELLENANGABEN

Arnold, Nina; Fackelmann, Barbara; Graffius, Michael; Krüger, Frank; Talaska, Stefanie; Weißenfels, Tobias (2011): Sprichst Du Politik? Ergebnisse des Forschungsprojekts und Handlungsempfehlungen. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bhatti, Yosef; Hansen, Kasper M. (2012): Leaving the Nest and the Social Act of Voting: Turnout among First-Time Voters. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 22(4): 380 – 406.

Bundeswahlleiter (2017): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Eichhorn, Jan (2017): Votes At 16: New Insights from Scotland on Enfranchisement. *Parliamentary Affairs*. Zugriff 15.12.2017 unter <https://doi.org/10.1093/pa/gsx037>.

Electoral Commission (2014): Scottish Independence Referendum, Report on the referendum held on 18 September 2014. Report by the Electoral Commission.

Grohe, Hannah (2016): Junge Frauen und die Politik – Erkenntnisse zur Geschlechter(un)-gleichheit in politischer Partizipation, in: Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin (Hrsg.): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015. Dietz, S. 72 – 92.

Westle, Bettina (2001): Politische Partizipation und Geschlecht, in: Koch, Armin/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen, S. 131 – 168.

Zeglovits, Eva; Aichholzer, Julian (2014): Are People More Inclined to Vote at 16 than at 18? Evidence for the First-Time Voting Boost among 16-25-Year-Olds in Austria. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 24: 351 – 361.

DATENQUELLEN

Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Schoen, Harald; Weißels, Bernhard; Wolf, Christof; Bieber, Ina; Scherer, Philipp; Stövsand, Lars-Christopher (2017a): Vorwahl-Querschnitt (GLES 2017). GESIS Data Archive, Cologne. ZA6800 Data file Version 2.0.0.

Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Schoen, Harald; Weißels, Bernhard; Wolf, Christof; Wagner, Aiko (2017b): Nachwahl-Querschnitt (GLES 2017). GESIS Data Archive, Cologne. ZA6801 Data file Version 1.0.0.

YouGov (2017): Sonntagsfrage zur Bundestagswahl, Ergebnisse der Befragung vom 15.09.2017 – 19.09.2017. Abrufbar unter: <https://yougov.de/news/2017/09/21/sonntagsfrage-zur-bundestagswahl-wenig-bewegung-ku/>. Zugriff 18.12.2017.

ÜBER d|PART

d|part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank. Im Zentrum unserer Arbeit stehen die Erforschung und Förderung verschiedener Formen politischer Partizipation. Wir geben Orientierung beim Erfassen und Verstehen von Bürgermeinungen und der Zivilgesellschaft und helfen, die Wünsche und Anforderungen der Bürger an Formen der politischen Beteiligung umzusetzen.

IMPRESSUM

ISBN: 978-3-96250-143-3

HERAUSGEBERIN:

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG • Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin
www.fes.de/forumpug

AUTOR_INNEN: Christine Hübner und Dr. Jan Eichhorn

d|part – Think Tank für politische Partizipation

REDAKTION: Yvonne Lehmann • Friedrich-Ebert-Stiftung

GESTALTUNG: Andrea Schmidt • Typografie/im/Kontext

DRUCK:

Druckerei Braul, Berlin

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100% Recyclingpapier,
ausgezeichnet mit dem blauen Umweltengel.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung seitens der FES nicht gestattet.

© 2018 • Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft • www.fes.de